

5 Dekonstruktion Teil I: Diskursanalyse der Bundestagsdebatten zur „Energiewende“ nach Laclau/Mouffe

Im vorliegenden Kapitel werden die Ergebnisse des ersten Teils der Analyse vorgestellt. Der Fokus des Kapitels liegt auf der Bedeutungskonstitution von „Energiewende“ im Bundestag, deren zeitlicher Dynamik sowie der damit in Zusammenhang stehenden Kämpfe um Hegemonie.

Korrespondierend zur in Kapitel 4 entwickelten Methodik gliedert sich das Kapitel in vier Abschnitte, innerhalb derer – im Sinne des retroduktiven Vorgehens meiner Arbeit – „Energiewende“ auf verschiedenen Diskursebenen problematisiert und erklärt wird. Der erste Abschnitt zielt gemäß dem Forschungsdesign auf die oberste Ebene des Diskurses, auf die lexikalischen Elemente und die durch ihre Verknüpfung entstehenden Muster des Diskurses (Kapitel 5.1). Dieser Abschnitt ist nach Legislaturperioden gegliedert. Im zweiten Abschnitt (5.2) werden komplexere Bedeutungsbeziehungen auf einer tieferen Diskursebene betrachtet, indem durch explizite oder implizite Artikulationen entstehende Verknüpfungen nach Story-Lines kodiert werden. Dadurch zeigt sich, inwiefern „Energiewende“ auf komplexitätsreduzierende Weise erzählt wird oder gerade nicht erzählt wird. Der dritte Abschnitt (5.3) widmet sich der quasi-transzendentalen Diskursebene der Fantasie. Hier werden den Story-Lines zugrunde liegende fantasmatische Narrative identifiziert und anhand ihres Verhältnisses zur politischen Praxis als reaktionär, affirmativ, reformistisch oder transformativ klassifiziert. Im letzten Teil des Kapitels (5.4) werden die Ergebnisse der Analyse zusammengeführt und vor dem Hintergrund von Hegemonie bewertet. Dieses Verfahren führt mich zu der (vorläufigen) Hypothese, dass sich „Energiewende“ im parlamentarischen Raum von einem vor-politischen zu einem post-politischen Diskurs entwickelt hat, was ich abschließend genauer erläutern werde.

5.1 ERGEBNISSE DES COMPUTERBASIERTEN VERFAHRENS

Um die Beziehungen zwischen einzelnen Elementen des „Energiewende“-Diskurses herauszuarbeiten, erfolgt – wie in Kapitel 4 beschrieben – zunächst eine computergestützte Analyse mit polmineR. Ziel ist es, den Prozess der Bedeutungskonstitution

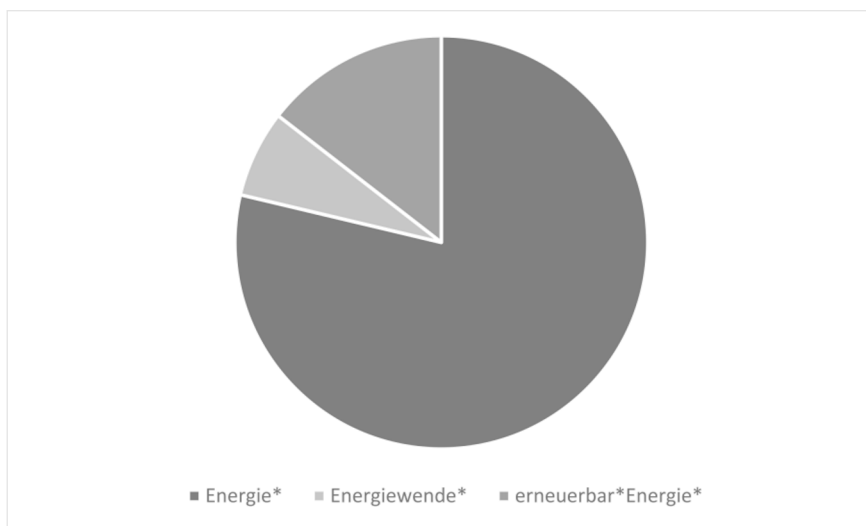
von „Energiewende“ zu fassen und gemäß der Diskurstheorie von Laclau/Mouffe (2015) temporäre Fixierungen von Elementen herauszuarbeiten.

Zunächst verschafft die Frequenzanalyse einen Überblick über den Diskursverlauf. Dann werden regelmäßige Differenzbeziehungen zwischen Elementen über die Legislaturperioden mittels Kollokations- und Konkordanzanalysen herausgearbeitet, durch die überzufällig häufig mit „Energiewende“ auftretende Elemente identifiziert und so Aussagenmuster erfasst werden. Abschließend wird ein erster Bezug zur Hegemonietheorie hergestellt, vor dessen Hintergrund eine qualitative Untersuchung der Ergebnisse des computerbasierten Verfahrens über alle Legislaturperioden erfolgt.

5.1.1 Zeitlicher Diskursverlauf: Frequenzanalyse

Die Betrachtung der diachronen Häufigkeitsverteilung von „Energiewende*“¹ sowie der Vergleich mit weiterer aus dem Diskurs identifizierter relevanter Elemente geben Aufschluss über den Stellenwert und die Relevanz des Themas sowie die zeitliche Veränderung des Diskurses. Abbildung 5 zeigt zunächst den Anteil der Buchstabenfolgen „Energiewende*“ und erneuerbar* Energie* an der Anzahl der Vorfälle von Energie* im Gesamtkorpus (1996-2016).

Abbildung 5: Anteile von „Energiewende“ und erneuerbar* Energie* an Vorfällen von Energie* im Gesamtkorpus*



Quelle: eigene Darstellung

- 1 Zur Bedeutung des * vgl. Kapitel 4.2.1. Im Folgenden werden mit * markierte Elemente als ‚Buchstabenfolgen‘ bezeichnet, da es sich nicht unbedingt um bereits vollständige Wörter handelt. So kann eine Suche nach Energie* bspw. auch das Wort ‚Energiewirtschaft‘ zum Ergebnis haben. Ich verwende die Schreibweise mit * dabei ausschließlich, wenn ich mich auf eine tatsächlich stattgefundene Analyse/Suche mit polmineR beziehe und nicht, wenn ich den Diskurs um „Energiewende“ allgemein adressiere.

Insgesamt ist im GermaParl-Korpus 47.931 Mal in irgendeiner Form von Energie*² die Rede, während „Energiewende*“ 4144 Mal vorkommt und erneuerbare* Energie* 8830 Mal.³ Dieser Anteil alleine liefert allerdings nur einen ersten Hinweis auf die Relevanz von „Energiewende“, da er ohne Betrachtung des Kontextes zunächst begrenzt aussagefähig ist. Denn auch in weiteren Vorfällen von Energie* kann in irgendeiner Form von erneuerbaren Energien oder „Energiewende“ die Rede sein – bspw. wenn über Energiepolitik oder regenerativ* Energie* (986 Vorfälle) gesprochen wird.⁴ Um weitere Hinweise auf die Relevanz von „Energiewende“ sowie die zeitliche Entwicklung zu erhalten, wird die Häufigkeitsverteilung von „Energiewende*“ mit den Häufigkeitsverteilungen von erneuerbar* Energie*, Atomausstieg*, Klimaschutz* und Energie* verglichen (vgl. Tabelle 5) – Elemente, die einen Energiebezug aufweisen und, die häufig in Verbindung mit „Energiewende*“ auftreten.⁵

Tabelle 5: Verteilung absoluter Häufigkeiten einzelner Schlüsselpunkte nach Jahren

Jahr	„Energiewende*“	erneuerbar* Energie*	Atomausstieg*	Klimaschutz*	Energie*
1996	10	67	2	84	929
1997	2	135	0	131	1307
1998	2	25	4	116	743
1999	28	200	90	294	1862
2000	16	344	91	466	2403
2001	31	154	64	338	1489
2002	32	216	23	291	1210
2003	12	479	16	241	1568
2004	14	516	16	499	1749

2 Diese Anzahl beinhaltet auch Vorfälle von Energie*, in denen nicht Energie im physikalischen Sinne gemeint ist – sondern bspw. im körperlichen Sinne, wie ‚keine Energie haben‘. Die Anzahl dieser Vorfälle ist aber angesichts der hohen Anzahl an Vorfällen von Energie* insgesamt zu vernachlässigen.

3 Groß- und Kleinschreibung wird dabei ignoriert.

4 Darüber hinaus können energiepolitische Themen auch ohne Verwendung der Buchstabenfolge Energie* adressiert werden, wenn bspw. von Kohlekraft* (1195 Vorfälle), Solarkraft* (18 Vorfälle) oder Kernkraft* (2538 Vorfälle) etc. die Rede ist. Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, dass in diesen Debatten Energie* ebenfalls häufig vorkommt.

5 Dies zeigt sich während der Kollokationsanalyse in Kapitel 5.1.2. Dabei zeigt sich zudem das Element ‚Klimaschutz‘ relevanter als ‚Klimawandel‘, weshalb hier die Auswahl auf Klimaschutz* reduziert wird.

2005	1	205	18	285	1086
2006	5	388	45	303	2432
2007	16	626	69	1283	2864
2008	17	634	18	1209	3325
2009	26	480	43	624	2238
2010	29	1100	61	956	3889
2011	392	790	155	571	3627
2012	1256	748	79	367	4688
2013	602	413	66	440	2259
2014	924	704	58	949	4181
2015	348	277	38	746	2345
2016	381	329	61	796	1737

Quelle: eigene Darstellung

Dabei zeigt sich, dass sowohl „Energiewende*“, als auch Atomausstieg* im Vergleich zu erneuerbar* Energie* und Klimaschutz* bis einschließlich 2010 relativ selten vorkommen. Während vor 2010 (mit Ausnahme von 2002) Atomausstieg* häufiger auftaucht als „Energiewende*“, dreht sich dieses Verhältnis ab 2011 um. Die Gründe hierfür sind einer quantitativen Analyse nicht entnehmbar und sind in den nächsten methodischen Verfahren genauer zu betrachten. Abbildung 6 veranschaulicht die Entwicklung der absoluten Häufigkeiten von „Energiewende*“, erneuerbar* Energie* und Klimaschutz* im Vergleich grafisch.

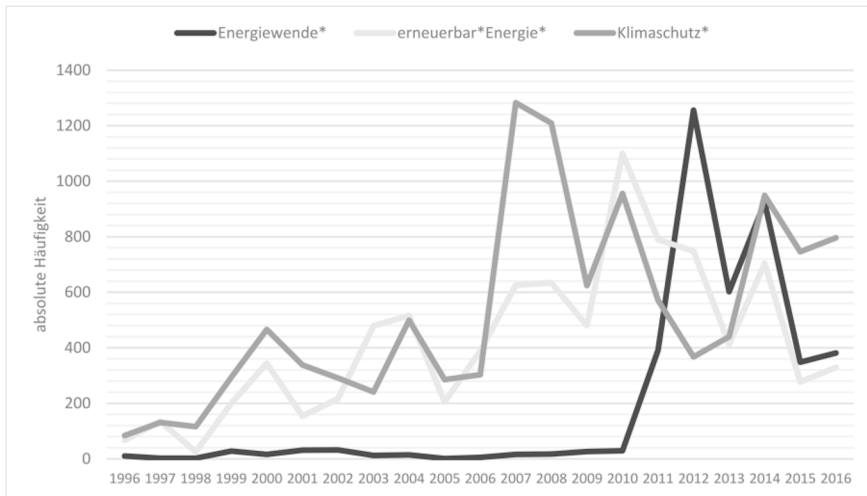
Es deutet sich an, dass die Korrelationsbeziehung zwischen der Häufigkeitsentwicklung von erneuerbar* Energie* und Klimaschutz* zumindest bis 2010 deutlich stärker ist, als die Korrelationsbeziehung zwischen erneuerbar* Energie* und „Energiewende*“ oder zwischen Klimaschutz* und „Energiewende*“.⁶ Ab 2011 verstärkt sich allerdings der Zusammenhang zwischen erneuerbar* Energie* und „Energiewende*“.⁷ 2012 war „Energiewende*“ mit 1256 Vorfällen erstmals quantitativ stärker vertreten als erneuerbar* Energie* mit 748 Vorfällen. Dies könnte ein Hinweis

6 Dies zeigt auch der Spearman-Korrelationskoeffizient, der für den Zusammenhang der Häufigkeitsentwicklung zwischen erneuerbar* Energie* und Klimaschutz* eine äußerst signifikante und starke Korrelation misst ($\rho = 0.73$; $p = 0.00026$). Die Korrelationen der Häufigkeitsentwicklungen zwischen erneuerbar* Energie* und „Energiewende*“ ($\rho = 0.493$; $p = 0.023$) sowie Klimaschutz* und „Energiewende*“ sind im Vergleich betrachtet schwächer ($\rho = 0.516$; $p = 0.017$).

7 ($\rho = 0.657$; $p = 0.175$)

darauf sein, dass erneuerbare Energien vor 2011 eher zusammen mit Klimaschutz verhandelt wurden und weder erneuerbare Energien noch Klimaschutz zwingend als Teil einer „Energiewende“ besprochen wurden. Scheinbar gewinnt „Energiewende“ erst nach „Fukushima“ im Jahr 2011 an Relevanz, was auf die stark dislozierende Wirkung des Ereignisses verweist. Diese Entwicklung sowie die Qualität der hier identifizierten Korrelationen werden im weiteren Verlauf der Arbeit noch genauer betrachtet.

Abbildung 6: Verteilung absoluter Häufigkeiten von „Energiewende“, „erneuerbar*Energie* und Klimaschutz“ zwischen 1996 und 2016



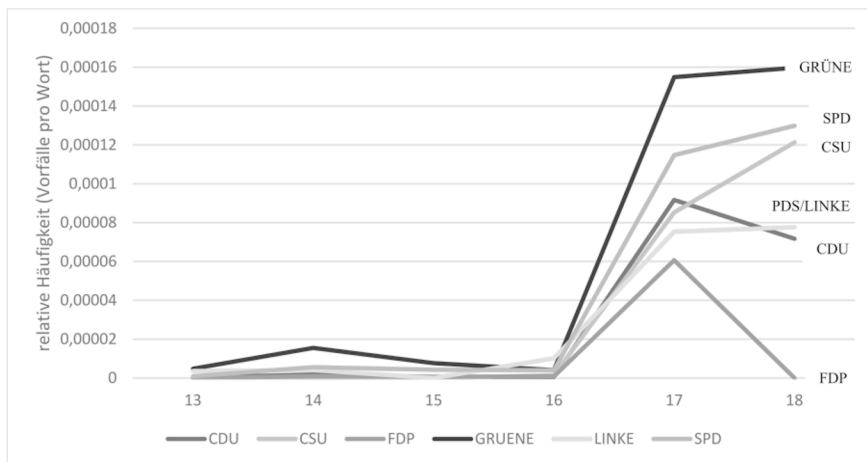
Quelle: eigene Darstellung

Um die Involvierung der verschiedenen Fraktionen in den Diskurs um „Energiewende“ sichtbar zu machen, ist – aufgrund der nach Fraktionsgröße gestaffelten Redezeiten im Parlament – eine Betrachtung der relativen Häufigkeiten notwendig.⁸

Abbildung 7 zeigt, dass die GRÜNEN (außer in der 16. Legislaturperiode) im Vergleich betrachtet am häufigsten von „Energiewende“ sprechen. Dabei zeigt sich aber auch, dass vor der 17. Legislaturperiode das Thema „Energiewende“ von keiner Fraktion häufig aufgegriffen wurde. Es ist darüber hinaus erkennbar, dass die relative Häufigkeit der Nennungen durch die GRÜNEN von der 14. zur 15. Legislaturperiode abnimmt, das Thema also noch unter der rot-grünen Regierungszeit an Relevanz zu verlieren scheint.

8 PolmineR partitioniert dazu den Korpus nach Fraktionen, wodurch die Häufigkeit in Relation zu den Teilkorpora der einzelnen Fraktionen darstellbar wird. Die relativen Häufigkeiten bezeichnen hier die Anzahl der Vorfälle pro Wort. Wo angegeben, errechne ich daraus zur besseren Lesbarkeit die Anzahl der Vorfälle pro tausend Wörtern.

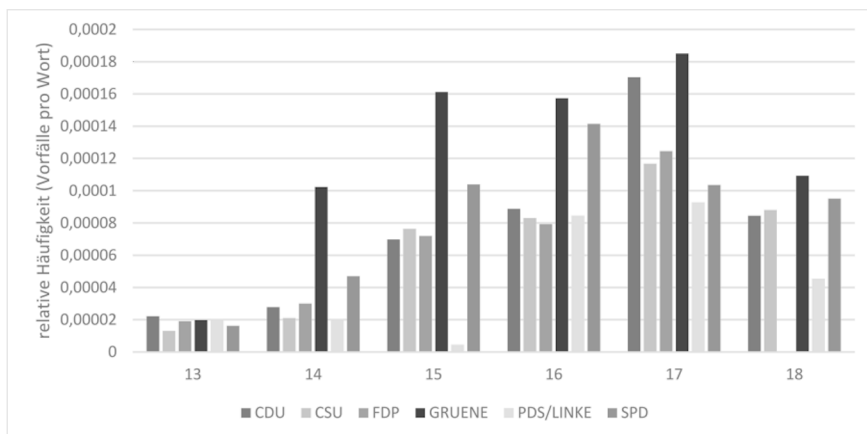
Abbildung 7: Verteilung relativer Häufigkeiten von „Energiewende“* über Parteien und Legislaturperioden



Quelle: eigene Darstellung

Im Gegensatz dazu ist die relative Häufigkeit der Nennungen von Klimaschutz* oder erneuerbar* Energien* durch die GRÜNEN konstant überdurchschnittlich hoch (Abbildung 8 und Abbildung 9).⁹

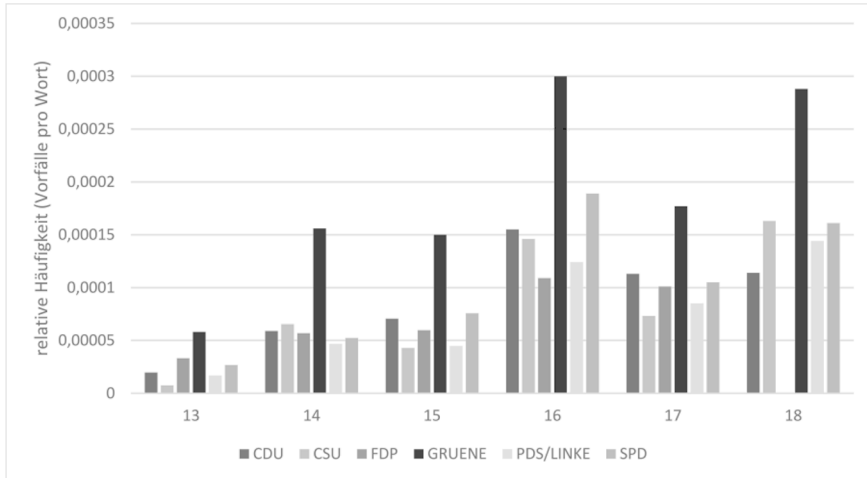
Abbildung 8: Verteilung relativer Häufigkeiten von erneuerbar* Energie* über Parteien und Legislaturperioden (Reihenfolge der Beschriftung entspricht Balkenreihenfolge)



Quelle: eigene Darstellung

9 Auf eine Darstellung der relativen Häufigkeit von Atomausstieg* nach Fraktionen wird an dieser Stelle aufgrund der geringen absoluten Häufigkeit von Atomausstieg* verzichtet. Dies wäre grafisch schwer darstellbar. Die Involvierung der einzelnen Fraktionen in den Diskurs um Atomausstieg* wird aber im nächsten Unterkapitel 5.1.2 noch betrachtet.

Abbildung 9: Verteilung relativer Häufigkeiten von Klimaschutz* über Parteien und Legislaturperioden (Reihenfolge der Beschriftung entspricht Balkenreihenfolge)



Quelle: eigene Darstellung

Die GRÜNEN scheinen die Diskurse um erneuerbare Energien und Klimaschutz stark zu initiieren, jedoch nicht zwingend mit „Energiewende“ zu verbinden. Auch die SPD greift „Energiewende“ erst ab „Fukushima“ verstärkt auf, involviert sich dann aber relativ häufig. Im Gegensatz zu „Energiewende“ scheint die Beteiligung an der Bedeutungsgenerierung von erneuerbaren Energien bereits vor „Fukushima“ über alle Fraktionen stetig zuzunehmen. In der 16. Legislaturperiode zeigen sich die relativ häufigsten Nennungen von „Energiewende“ im Vergleich zwischen allen Fraktionen durch die LINKE, die neu im Bundestag vertreten ist (die PDS ist in der 15. Legislaturperiode nicht im Bundestag vertreten, bzw. nur mit Direktmandaten). Nach „Fukushima“ bleibt die relative Häufigkeit der Nennungen durch die LINKE aber annähernd konstant, „Energiewende“ scheint als Oppositionsthema für die LINKE im Vergleich zu den GRÜNEN nun weniger relevant. Die relativ seltensten Nennungen von „Energiewende“ zeigen sich bei der FDP, wobei diese in der 18. Legislaturperiode nicht im Bundestag vertreten ist.

Aus der relativen Häufigkeit der Nennungen von „Energiewende“ durch die einzelnen Fraktionen lässt sich allerdings noch nicht schließen, in welcher Art und Weise – bspw. positiv oder negativ – sich diese auf „Energiewende“ beziehen. Die Assoziations-, bzw. Äquivalenzbeziehungen¹⁰ und ihre Qualität werden im folgenden Kapitel genauer betrachtet.

10 Die Begriffe Assoziations- und Äquivalenzbeziehung werden synonym verwendet.

5.1.2 Kollokations- und Konkordanzanalyse
von der 14. bis zur 18. Legislaturperiode

Um genauere Aussagen über die Regeln des Diskurses um „Energiewende“ – also über regelmäßige Assoziations-, bzw. Äquivalenzbeziehungen von „Energiewende“ – treffen zu können, werden im Folgenden mit Hilfe einer Kollokationsanalyse diskursive Muster, zunächst im direkten Kontext von „Energiewende“, über die einzelnen Legislaturperioden herausgearbeitet (vgl. Kapitel 4.2.1). Dadurch kann gezeigt werden, welche Kollokationen, die ich im Folgenden – wie in Kapitel 4.2 dargestellt – im Anschluss an Laclau/Mouffe (2015) als Knotenpunkte bezeichne, sich um den Schlüsselpunkt „Energiewende“ herum bilden, in welche Äquivalenzketten sich also „Energiewende“ einreicht und welche Elemente in der Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ temporär fixiert wurden. Zum Vergleich wird eine Kollokationsanalyse der Schlüsselpunkte ‚erneuerbar* Energien‘ und ‚Atomausstieg*‘ herangezogen. Diese spielen eine besondere Rolle für den Diskurs um „Energiewende“, da sie häufig mit dieser in Verbindung stehen.¹¹ Der Atomausstieg hat zudem auch eine historische Verbindung zur „Energiewende“, wie in Kapitel 1 gezeigt wurde. Die Bedeutung der Reaktorkatastrophe von „Fukushima“ für den Diskurs um „Energiewende“ hat sich bereits im vorigen Kapitel abgezeichnet.

14. Legislaturperiode

Tabelle 6: Rahmendaten der 14. Legislaturperiode

Erste und letzte Sitzung der Legislaturperiode im Bundestag	Anzahl der Sitzungen	Regierungs- koalition	Bundes- kanzler*in
26.10.1998 – 16.10.2002	253	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gerhard Schröder

Quelle: eigene Darstellung

Insgesamt wird in der 14. Legislaturperiode 97 Mal von „Energiewende“ gesprochen. Aufgrund der geringen Anzahl an Nennungen von „Energiewende“ lässt sich lediglich eine Kollokation (eingeleitet s.u.) identifizieren, die mindestens 5 Mal mit „Energiewende“ auftaucht und deren Aussagefähigkeit somit als gesichert gelten kann (Baker 2016: 151). Um dennoch ein Bild über die Assoziations-, bzw. Äquivalenzbeziehungen von „Energiewende“ zu erhalten setze ich – wie in Kapitel 4.2.1 erläutert – die minimale Häufigkeit für das Auftreten einer Kollokation in der 14. bis 16. Legislaturperiode auf 2 herab (min freq = 2).¹² Es ist dennoch aufschlussreich die

11 Diese Erkenntnis ergab sich auch aus einer ersten Kollokationsanalyse.

12 Für die Kollokationsanalyse von Atomausstieg* gilt dieses Vorgehen für den gesamten Betrachtungszeitraum (14.-18. Legislaturperiode), während in der Kollokationsanalyse von

Äquivalenzbeziehungen von „Energiewende“ in diesen Legislaturperioden zu betrachten, um zu sehen mit welchen Themen, bzw. Elementen, „Energiewende*“ – auch wenn im Verhältnis zu aktuelleren Legislaturperioden selten von ihr gesprochen wird – in Verbindung gebracht wird. Allerdings müssen diese Assoziations-, bzw. Äquivalenzbeziehungen als brüchig angesehen werden. „Energiewende*“ wird also insgesamt nur schwach mit Bedeutung aufgeladen. An dieser – wenn auch schwachen – Bedeutungsaufladung beteiligen sich in der 14. Legislaturperiode überwiegend SPD (38 Vorfälle) und GRÜNE (42 Vorfälle), die anderen Fraktionen sprechen kaum von „Energiewende*“ (CDU: 8 Vorfälle, CSU: 0, FDP: 2 Vorfälle, PDS: 7 Vorfälle). Unter den genannten Bedingungen ergeben sich 13 Kollokationen, die in Tabelle 7 auf Grundlage einer Konkordanzanalyse thematisch gruppiert¹³ dargestellt sind.

Tabelle 7: Thematisch gruppierte 13 Kollokationen von „Energiewende*“ in der 14. Legislaturperiode

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood ¹⁴)
Einstieg/Ausstieg	eingeleitet (8/88,66), einzuleiten (3/35,09), Einstieg (4/38,88), Atomausstieg (2/20,74), Ausstieg (3/25,71), Weg (4/17,67), neue (3/11,5), beschworene (2/26,43)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (4/36,85), Klimaschutzes (2/23,12), Naturschutz (3/22,69)
erneuerbare Energien	Energien (3/22,84)
Zeit	Zukunft (3/12,04)

Quelle: eigene Darstellung

Wie in Kapitel 4.2.1 beschrieben sind Kollokationen von „Energiewende*“ Wörter, die überzufällig häufig im Kontext von „Energiewende*“ auftreten, während in der Konkordanzanalyse der Kontext dieses Auftretens qualitativ betrachtet wird.

erneuerbar* aufgrund der hohen Häufigkeit von Anfang an das Minimum von 5 gemeinsamen Vorfällen eingehalten werden kann.

13 Die Sinnhaftigkeit der thematischen Gruppierung der Kollokationen ergibt sich ausschließlich aus den Kontexten der Kollokationen, d.h. aus der Konkordanzanalyse – die Zuordnung erschließt sich daher auch in den folgenden Legislaturperioden nicht in jedem Fall auf den ersten Blick.

14 Wie in Kapitel 4.2.1 erläutert, bezieht sich freq hier auf die absolute Häufigkeit des Auftretens einer Kollokation. Der zweite Wert gibt den log-likelihood Wert an, wobei deutlich wird, dass alle angegebenen Werte deutlich über dem kritischen Wert von 10,83 (also $p < 0,001$) liegen und somit mit nahezu 100%iger Wahrscheinlichkeit nicht zufällig auftreten.

Einstieg und Ausstieg zeigen sich auf Grundlage der Kollokationsanalyse als zentrale Themen im Kontext von „Energiewende*“ in der 14. Legislaturperiode. Atomausstieg* kommt mit 259 Vorfällen in den Bundestagsdebatten der 14. Legislaturperiode insgesamt deutlich häufiger vor als „Energiewende*“ (97 Vorfälle), allerdings wird eine direkte Beziehung zwischen Atomausstieg und „Energiewende*“ dennoch eher selten hergestellt (2 gemeinsame Vorfälle für „Atomausstieg¹⁵“, 3 gemeinsame Vorfälle für „Ausstieg“). Deutliche Aussagen wie die Folgende sind eher selten zu finden: „Aus unserer Sicht gibt es keinen Ausstieg ohne eine Energiewende und ohne ein Klimaschutzkonzept; es gibt aber auch keine Energiewende ohne einen Ausstieg, und es gibt keinen Klimaschutz ohne Energiewende“ (GRÜNE¹⁶ 25.11.1999: 6746¹⁷).

Die Knotenpunkte um „Energiewende*“ werden in ihrem Kontext mit weiteren Forderungen¹⁸ äquivalenziert, d.h. die „Energiewende“ soll mit anderen politischen Zielen und Programmatiken Hand in Hand gehen. So spricht die Regierungskoalition beispielsweise davon, die „Energiewende“ über die „marktwirtschaftliche Lösung“ „einzuleiten“ (SPD 13.10.2000: 12027). Als Ziel der „Energiewende“ sollen „neue“ Arbeitsplätze geschaffen werden (z.B.: GRÜNE 06.05.1999: 3345; SPD 16.05.2002: 23504) und in „Zukunft“ Kosten durch reduzierte Ölimporte eingespart werden („Was wir nicht an Öl verbrauchen, müssen wir auch nicht bezahlen“ (SPD 13.10.2000: 12027)).

Umweltpolitische Assoziationen werden hauptsächlich von den GRÜNEN gesetzt, die Kollokationen aus diesem Bereich gehen ausschließlich auf ihre Fraktion zurück.

Das Konfliktive im von der rot-grünen Bundesregierung initiierten Diskurs um „Energiewende“ wird von den anderen Fraktionen nur selten herausgearbeitet, was an den wenigen Vorfällen von „Energiewende*“ durch andere Fraktionen deutlich

15 Kollokationen/Knotenpunkte setze ich im Folgenden in doppelte Anführungszeichen, um sie im Fließtext erkennbar zu machen. Innerhalb eines Zitats setze ich sie in einfache Anführungszeichen.

16 Im Folgenden zitiere ich die Bundestagsreden nach Fraktionszugehörigkeit und verzichte auf die Nennung des Namens der*s jeweiligen Sprecher*in. Dabei ist zu beachten, dass innerhalb der Fraktionen durchaus verschiedene Meinungen vorherrschen, Fraktionen also nicht als homogene Konstrukte zu betrachten sind. Jedoch sprechen meist diejenigen Bundestagsmitglieder der Fraktionen, die in ihren Reden die Standpunkte der Fraktion vertreten – häufig sind dies die thematischen Sprecher*innen der Fraktion, z.B. energiepolitische Sprecher*innen. Es kommen aber auch abweichende Positionen zu Wort. Im Verlauf der Arbeit zeigt sich, dass von einzelnen Fraktionen artikuliert Positionen häufig ambivalent sind.

17 Bundestagsprotokolle werden im Folgenden stets mit Datum und Seitenzahl zitiert. Auf die Nennung der Protokollnummer verzichte ich aus Gründen der Übersichtlichkeit, zumal die Protokolle über die Datumsangabe exakt zugeordnet werden können. Ich verzichte bei der Zitation von Bundestagsdebatten zudem bei Wiederholungen auf die Bezeichnung (ebenda), um die Sichtbarkeit der zitierten Fraktion sowie des Datums zu erhalten.

18 Wie in Kapitel 4.2.1 ausgeführt, verwende ich hier den Begriff der ‚Forderung‘ für die Elemente eines Diskurses (Laclau 2005: 74ff.).

wird. Die PDS bestreitet ein ernsthaftes Interesse der Regierungskoalition an der „Energiewende“: Die Koalition habe nicht die „Energiewende ‚eingeleitet‘“, sie habe sie vielmehr „zu Grabe getragen“ (PDS 25.01.2002: 21143). Die CDU stellt den Anspruch der Regierungskoalition, eine „Energiewende“ einzuleiten, mehrfach in Frage: „Die ‚beschworene‘ Energiewende, die heute Mittag gerade wieder eine Rolle gespielt hat, findet nicht statt“ (CDU 27.06.2002: 24770). Darüber hinaus äußert sie sich faktisch kaum zu einer möglichen „Energiewende“.

Während die Bedeutungsaufladung von „Energiewende“ in den Parlamentsdebatten der 14. Legislaturperiode schwach und die Äquivalenzkette in der Folge brüchig ist, zeigen sich Artikulationen um erneuerbare Energien deutlich häufiger (1010 Vorfälle von erneuerbar¹⁹). Die Forderung¹⁹ ‚erneuerbare Energien‘ wird dabei – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – von allen Fraktionen geteilt (vgl. auch Abbildung 8). Im Gegensatz zu den Artikulationen um „Energiewende“ (diese wird von der CSU nicht adressiert) sind daher an der Artikulation erneuerbarer Energien alle Fraktionen beteiligt. Bei einer Betrachtung der nach Höhe des Signifikanzwertes (log likelihood) geordneten rangersten 40 Kollokationen (min freq = 5) von erneuerbar^{*} in ihrem Kontext (Konkordanzanalyse), konnten diese den Themenbereichen Technologien, Marktorientierung, Förderung/Ausbau, Energieverbrauch und Energieerzeugung, Gesetze sowie Rolle in der Welt zuordnen werden (vgl. Tabelle 8).

In den Äquivalenzbeziehungen von erneuerbar^{*} scheint es demnach weniger um einen grundsätzlichen Wandel in der Energiepolitik als um die „Markteinführung“ von „Technologien“ zu gehen, die überwiegend mit der Einführung des EEG im Jahr 2000 in Verbindung gebracht wird. Darüber hinaus geht es um technologische und ökonomische Aspekte von „Energieerzeugung“ und Energieverbrauch, z.B. im Sinne von „Energieeinsparung“. Auch wenn davon auszugehen ist, dass alleine die Forderung nach Einführung ‚erneuerbarer Energien‘ einen gewissen Wandel in der Energiepolitik adressiert, so bleibt eine Assoziation erneuerbarer Energien mit einem grundsätzlichen Wandel aus. Forderungen, die sich auf eine verfahrenspolitische Ebene beziehen und marktwirtschaftlich sowie technologisch orientiert sind, kommen deutlich häufiger vor („Förderprogramm“, „Markteinführung“, „Technologien“ etc.) als Forderungen, die sich auf langfristige Ziele einer solchen Politik beziehen. Ein relativ häufig genanntes Ziel ist die Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit: „Damit haben wir nach dem Gesetz zur ‚Förderung‘ der erneuerbaren Energien ‚weltweit‘ das beste Gesetz, das es auf dem Markt gibt“ (GRÜNE 12.10.2001: 18906). „Deutsche Anbieter verfügen über ‚weltweit‘ führende ‚Technologien‘ zur Nutzung erneuerbarer Energien“ (SPD 28.02.2002: 21986). Die „Energiewende“ als konkretes Ziel der Einführung erneuerbarer Energien spielt dagegen eher eine untergeordnete Rolle (z.B. SPD 22.03.2002: 22603). Dies zeigt sich auch dadurch, dass „Energiewende“ unter den Kollokationen von erneuerbar^{*} mit nur 2 gemeinsamen Vorfällen nicht als relevante Kollokation einzuordnen ist.²⁰ Zu umweltpolitischen

19 Analog Fußnote 18 in diesem Kapitel.

20 Obwohl die Kollokationsanalyse von „Energiewende^{*}“ zeigt, dass „Energiewende“ mit erneuerbaren Energien assoziiert wird, handelt es sich dabei offensichtlich um eine asymmetrische Äquivalenzbeziehung, da erneuerbare Energien umgekehrt relativ selten mit „Energiewende“ in Verbindung gebracht werden.

Zielen wie Naturschutz oder Klimaschutz kann in der Kollokationsanalyse ebenfalls nur eine vergleichsweise schwache Äquivalenzbeziehung identifiziert werden.²¹

*Tabelle 8: Thematisch gruppierte rangerste 40 Kollokationen von erneuerbar*²² in der 14. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Technologien	Energien (805/11594,11), Energie (17/123,84), Kraft-Wärme-Kopplung (25/244,43), Energieträger (17/186,48), Energieträgern (6/67,11), Energiequellen (12/153,08), Technologien (11/87,33), Solarenergie (6/63,26), Wind (6/49,39), Bereich (44/201,23), Biomasse (5/45,44)
Marktorientierung	Markteinführung (15/184,69), Marktanreizprogramm (12/159,79)
Förderung/Ausbau	Förderung (136/1195,55), Ausbau (38/328,11), Anteil (41/310,5), Anteils (19/222,69), Verdoppelung (18/188,46), fördern (22/145,04), Förderprogramm (12/135,59), Förderprogramme (5/45,92), Programm (11/48,42), verdoppeln (9/81,11), ambitionierteste (5/72,71), 1000-Dächer-Programm (7/70,29), Millionen (22/64,41), Durchbruch
Energieverbrauch	Energieeffizienz (17/191,36), Energiesparen (6/67,65), Energieeinsparung (11/116,9), Nutzung (28/228,12)
Energieerzeugung	Energieerzeugung (5/47,86), Strom (18/152,36), Einsatzes (6/47,53), Stromerzeugung (22/262,33)

- 21 Klimaschutz kommt in der 14. Legislaturperiode nur 4 Mal gemeinsam mit erneuerbar* vor und ist daher trotz des immer noch hohen Signifikanzwertes eine wenig aussagefähige Kollokation (log likelihood = 19,26). Naturschutz ist keine Signifikante Kollokation von erneuerbar*.
- 22 erneuerbar* wird hier aus technischen Gründen isoliert, d.h. nicht in Form der Buchstabenfolge ‚erneuerbar* Energie*‘, betrachtet, da dies in der Kollokationsanalyse nicht möglich ist. In mindestens 10.104 von 10.960 Vorfällen über den gesamten Betrachtungszeitraum bezieht sich erneuerbar* jedoch direkt auf Energie*, was durch eine Kontextsuche festgestellt werden konnte. In den meisten der übrigen Vorfälle besteht zudem ein indirekter Bezug auf Energie, indem bspw. von ‚erneuerbaren Technologien‘ oder ‚Strom aus erneuerbaren Quellen‘ die Rede ist. Daher ist diese Vorgehensweise als aussagekräftig einzuschätzen.

Gesetze	Gesetz (35/152,2), Stromeinspeisungsgesetz (6/58,14), Ökosteuer (13/49,22), Stromsteuer (5/44,8)
Rolle in der Welt	Weltweit (10/59,37)

Quelle: eigene Darstellung

Auch gemeinsam mit Atomausstieg* (vgl. Tabelle 9) wird ein energiepolitischer Wandel eher selten adressiert.²³ Die Debatten fokussieren überwiegend auf den Energieträger Atomenergie – die Nutzung anderer fossiler Energieträger wie Kohle oder der Energieverbrauch werden gemeinsam mit Atomausstieg* nicht herausgefordert. Diese fehlende Kontextualisierung von Atomausstieg mit einer anderen Energiepolitik wird von der Opposition kritisiert: „Die Bundesregierung hat kein umweltpolitisches ‚Gesamtkonzept‘. Sie hat den Atomausstieg vereinbart, jedoch keine alternative Energiepolitik“ (CDU 14.09.2000: 11360).

In der Frage des Klimaschutzes geht es in Zusammenhang mit dem Atomausstieg* zunächst darum, ob diese überhaupt „vereinbar“ seien, was von der CDU bestritten wird. Es handelt sich beim Knotenpunkt „Klimaschutz“ also um eine flottierende Forderung (vgl. Kapitel 4.2.1), der sowohl positiv mit Atomausstieg* äquivalenziert wird (v.a. von der rot-grünen Regierungskoalition), als auch in einem Widerspruch gesehen wird und somit Teil des Diskurses gegen den Atomausstieg* ist.

Bereits anhand der Beteiligung der Fraktionen an den Debatten wird deutlich, dass sie alle dem Atomausstieg* eine Relevanz zuweisen (CDU: 64 Vorfälle, CSU: 30 Vorfälle, FDP: 27 Vorfälle, PDS: 45 Vorfälle, SPD: 21 Vorfälle, GRUENE: 72 Vorfälle). Die starke Umkämpftheit des Themas zeigt sich vor allem an den zahlreichen Knotenpunkten, die den Atomausstieg*, wie er von der rot-grünen Bundesregierung konzeptualisiert wird, herausfordern: So sprechen sowohl CDU (z.B. 14.09.2000: 11356), FDP (z.B. 30.11.2000: 13407), als auch PDS (21.06.2001: 17269) mehrfach vom so „genannten“ oder von einem „vermeintlichen“ Atomausstieg, der irgendwie nicht so recht stattzufinden scheint“ (CDU 06.04.2000: 9169). Die CDU fürchtet, dass „sich durch Ihre Politik des ‚übereilten‘ Atomausstiegs die Strompreise erhöhen“ (CDU 16.12.1999: 7267). Die PDS kritisiert dagegen den rot-grünen Atomkonsens: „Wo ist die Umsetzung der Forderung nach dem ‚sofortigen‘ Atomausstieg geblieben? Was auf dem Tisch liegt, ist eine Vereinbarung mit der Atomlobby“ (PDS 29.03.2001: 15718). Die GRÜNEN erklären, man werde notfalls „den Atomausstieg dann auch im ‚Dissens‘ durchziehen“ (GRÜNE 07.10.1999: 5446).

23 Wobei die Aussagefähigkeit der identifizierten Knotenpunkte aufgrund ihrer geringen Häufigkeit hier wiederum – analog zu den Knotenpunkten um „Energiewende*“ – gering ist (min freq = 2). Insgesamt ergeben sich unter den genannten Bedingungen 34 Kollokationen.

Tabelle 9: Thematisch gruppierte 34 Kollokationen von Atomausstieg in der 14. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein	Atomausstieg ²⁴ (4/39,17), Ziel (6/24,87), Forderung (3/14,49), Frage (9/20,87), Sachen (3/20,61), Konzentration (2/16,7)
Dissens	(so) genannten (7/44,26), siehe (4/41,49), vermeintlichen (3/33,24), Debatte (6/19,9), Dissens (2/18,45), schwieriger (3/31,1), rückgängig (2/15,67), ernst (3/13,16), angeblich (2/12,58)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (10/90,8), vereinbar (3/28,75), Umweltpolitik (2/11,96)
Energiepolitisches Gesamtkonzept	Energiewende (3/32,15), Gesamtkonzept (2/14,93)
Akteur*innen	Bundesumweltminister (2/17,87), Energiewirtschaft (2/17,59), Bundesregierung (8/12,43), rot-grünen (4/26,65)
Gesetze	Ökosteuer (17/114,84), Entwurf (3/12,24), Lesung (2/11,54)
Zeitraum	sofortigen (5/61,29), übereilten (2/28,47), schnellen (2/17,43), Jahren (6/13,2)
umsetzen	bewerkstelligen (2/20,59), stattfinden (2/12,28)
Rolle in der Welt	international (2/10,88)

Quelle: eigene Darstellung

24 Bei der Kollokationsanalyse kommt es vor, dass im Kontext eines Schlüsselpunktes (wie hier Atomausstieg) der Schlüsselpunkt selbst als Knotenpunkt auftaucht – es also zu zwei Vorfällen innerhalb des Betrachteten Kontextes kommt. Diese Fälle beziehe ich im Folgenden der Vollständigkeit halber mit ein, auch wenn ihre Aussagefähigkeit für den Schlüsselpunkt eher gering ist.

15. Legislaturperiode

Tabelle 10: Rahmendaten der 15. Legislaturperiode

Erste und letzte Sitzung der Legislaturperiode im Bundestag ²⁵	Anzahl der Sitzungen	Regierungs-koalition	Bundes-kanzler*in
17.10.2002 – 17.10.2005	187	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gerhard Schröder

Quelle: eigene Darstellung

In der 15. Legislaturperiode nimmt die Anzahl der Nennungen von „Energiewende“ deutlich ab (37 Vorfälle). Die relative Häufigkeit von „Energiewende“, die aufgrund der differenzierenden Anzahl an Bundestagssitzungen einen besseren Vergleich mit der vorigen Legislaturperiode erlaubt, reduziert sich auf etwas mehr als die Hälfte (von 0,005 Vorfällen pro tausend Wörter auf 0,0029). Auch die rot-grüne Bundesregierung beteiligt sich kaum noch an der Bedeutungsgenerierung, obwohl sie weiterhin Initiatorin des Diskurses ist (GRÜNE: 14 Vorfälle, SPD: 20, CDU: 2, CSU: 0, FDP: 1). Die ohnehin schon schwache Bedeutungsaufladung reduziert sich weiter, „Energiewende“ wird kaum noch in Äquivalenzbeziehungen gebracht. Es lassen sich lediglich 9 Kollokationen identifizieren, deren Aussagefähigkeit aufgrund der geringen Häufigkeit der gemeinsamen Nennungen mit „Energiewende“ wie bereits in der 14. Legislaturperiode begrenzt ist. Sie wurden erneut basierend auf einer Analyse ihres Kontextes (Konkordanzanalyse) thematisch gruppiert (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Thematisch gruppierte 9 Kollokationen von „Energiewende“ in der 15. Legislaturperiode

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Einstieg	eingeleitete (2/31,32), eingeleitet (2/20,85)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (2/18,57)
Allgemein	Effizienz (2/20,89), konsequent (2/18,65), Politik (3/15,79)
Rolle in der Welt	globale (5/61,78), weltweit (3/28,27), Ziel (2/11,29)

Quelle: eigene Darstellung

25 Im Herbst 2005 kommt es zu vorgezogenen Neuwahlen, da Bundeskanzler Gerhard Schröder im Juli 2005 die Vertrauensfrage stellt, die negativ ausfällt. Die PDS scheitert 2002 an der 5% Hürde und ist nicht im Bundestag vertreten.

Die „Energiewende“ gilt für die SPD und die GRÜNEN als „eingeleitet“. Umweltpolitische Themen reduzieren sich auf den in diesem Kontext ausschließlich von den GRÜNEN gesetzten Knotenpunkt „Klimaschutz“. Mit Klimaschutz in Verbindung stehen dabei im Kontext von „Energiewende*“ aber nicht vordergründig klimaschutzpolitische Forderungen, sondern bspw. ein international gedachter Führungsanspruch: „Deutschland ist hier kein Schlusslicht, sondern Spitzenreiter beim ‚Klimaschutz‘, bei der Energiewende und beim Atomausstieg“ (GRÜNE 03.12.2002: 795). „Klimaschutz“ und „Energiewende“ werden demnach zwar in einer (wenn auch brüchigen) Äquivalenzkette artikuliert, aber kaum mit gemeinsamen politischen Forderungen – die über eine Thematisierung der deutschen Rolle in der Welt hinausgehen – verbunden. Daneben spielt erneut „Effizienz“ als Ziel einer „Energiewende“ eine Rolle: „Die Energiewende hin zu mehr ‚Effizienz‘ und einer Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien ist keine Utopie“ (SPD 13.11.2003: 6425).

Während die Artikulationen von „Energiewende“ in der 15. Legislaturperiode auf nationaler Ebene zunehmend isoliert erscheinen, d.h. erstens kaum vorkommen und zweitens kaum mit weitergehenden politischen Forderungen verbunden werden, wird andererseits die Verantwortung einer „Weltgemeinschaft“ (SPD 10.04.2003: 3337) hervorgehoben: „Wir können es uns global nicht leisten, dass diese Länder – ich sage es einmal so – die gleichen Fehler begehen wie wir. Wir brauchen eine ‚globale‘ Energiewende. ‚Ziel‘ ist eine ‚weltweit‘ nachhaltige Energieversorgung“ (GRÜNE 02.12.2004: 13417). „Energiewende“ wird also stärker als noch in der 14. Legislaturperiode mit einem globalen Anspruch assoziiert (Kollokationen: „globale“, „weltweit“, „Ziel“). Deutschland solle dabei als Vorbild dienen – „mit gutem Beispiel vorgehen. Energiewende – weltweit und bei uns“ (GRÜNE 26.06.2003: 4431).

Während „Energiewende*“ in der 15. Legislaturperiode an Bedeutung verliert, intensiviert sich der Diskurs um erneuerbare Energien (von 1010 auf 1409 Vorfälle, die relative Häufigkeit verdoppelt sich sogar ungefähr von 0,0521 auf 0,110 Vorfälle pro tausend Wörter). Die beiden Diskurse scheinen sich zumindest quantitativ weiter zu entkoppeln. Erneuerbare Energien und „Energiewende*“ treten im zugrunde liegenden Betrachtungsfenster (5R 5L) überhaupt nicht mehr zusammen auf, eine konkrete, als solche bezeichnete „Energiewende“ wird im Kontext erneuerbarer Energien kaum noch diskutiert. Dies wirft die Frage auf, ob hier die umfassende Forderung der „Energiewende“ zu Gunsten einer weniger umfassenden, bzw. untergeordneten, dafür aber breit geteilten Forderung ‚erneuerbare Energien‘ aufgegeben wurde. Dies wird in Kapitel 5.2 (Story-Lines) analysiert.

Betrachtet man die Artikulationen um erneuerbare Energien über die 40 rangersten Kollokationen (vgl. Tabelle 12) in ihrem Kontext (Konkordanzanalyse), wird deutlich, dass sich die Themenbereiche – wie Technologien, Marktorientierung, Förderung/Ausbau, Energieverbrauch, Energieerzeugung sowie Rolle in der Welt zum großen Teil stabilisiert haben – hier konnte Bedeutung scheinbar temporär fixiert werden.²⁶ „Klimaschutz“ als Knotenpunkt der Äquivalenzkette um erneuerbare Energien gewinnt darüber hinaus an Bedeutung. Mit der Kollokation „langfristig“ kommt

26 Zumal hier aufgrund der hohen Frequenz von erneuerbar* wie bereits in der 14. Legislaturperiode alle identifizierten Kollokationen aussagefähig sind, da sie eine Häufigkeit größer als 5 aufweisen.

eine zeitliche Perspektive hinzu: „Nur eine Energieversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien ist ‚langfristig‘ nachhaltig und zukunftsfähig“ (SPD 03.12.2002: 790). „Die FDP fordert die Bundesregierung auf, den erneuerbaren Energien endlich eine ‚langfristig‘ tragfähige Perspektive zu eröffnen“ (FDP 13.11.2003: 6415).

Tabelle 12: Thematisch gruppierte rangerste 40 Kollokationen von erneuerbar in der 15. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Technologien	Energien (1113/14972,04), Energie (18/132,47), Energieträger (11/104,97), Energieträgern (5/47,99), Energiequellen (6/74,81), Technologien (18/144,99), Bereich (78/389,55), Windenergie (5/36,61)
Marktorientierung	Marktanreizprogramm (11/140,37), Branche (9/57,32), Exportes (8/53,63), Kosten (14/53,37), Strompreis (5/50,71), Wirtschaftlichkeit (5/35,13)
Förderung/Ausbau	Förderung (136/1123,62), Ausbau (42/331,04), Anteil (55/415,18), Anteils (8/79,42), Verdoppelung (11/107,67), fördern (25/153,09), Steigerung (9/53,92), Einsatz (13/53,09), Prozent (27/44,69), erreichen (13/43,22)
Energieverbrauch	Energieeffizienz (27/297,24), Energiesparen (5/58,98), Energieeinsparung (13/144,57), Effizienz (13/95,32), Nutzung (27/202,79)
Energieerzeugung	Strom (22/200,21), Stroms (5/54,46), Energiemix (9/84,27), fossilen (6/52,5), Strombereich (6/69,94), Energieversorgung (8/63,62), Stromerzeugung (7/67,87)
Gesetze	Neuregelung (6/35)
Rolle in der Welt	Entwicklungsländern (11/74,82)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (10/56,46)
Zeit	Langfristig (7/37,39)

Quelle: eigene Darstellung

In den Artikulationen, die dem Themenbereich ‚Marktorientierung‘ zugewiesen wurden, zeigt sich verstärkt ein internationaler Fokus: z.B. hinsichtlich „der Förderung des ‚Exportes‘ erneuerbarer Energien (GRÜNE 17.02.2005: 14639)“. Verbunden mit

einer verstärkten Exportorientierung gewinnt der Themenbereich, der die Rolle Deutschlands in der Welt adressiert, an Bedeutung – vor allem in Beziehung zu den sogenannten „Entwicklungsländern“. Dabei werden „Klimaschutz“, Armutsbekämpfung und Exportförderung in eine Äquivalenzbeziehung gebracht:

„eine halbe Milliarde Euro allein dafür in die Hand zu nehmen, dass erneuerbare Energien in den ‚Entwicklungsländern‘ eine Zukunftschance erhalten. So packen wir drei Dinge zusammen: Armutsbekämpfung, Klimaschutz und ein Stück Standortpolitik für eine wachsende Branche in Deutschland“ (GRÜNE 29.10. 2002: 158).

Obwohl erneuerbare Energien weitgehend unabhängig von „Energiewende“ artikuliert werden, verläuft vor allem diese Fokussierung auf eine internationalen Ebene in beiden Kontexten parallel. Eine genauere Analyse hierzu erfolgt in Kapitel 5.2.

Ebenso wie „Energiewende*“ spielt auch Atomausstieg* mit nur noch 57 Vorfällen eine wesentlich geringere Rolle als noch in der 14. Legislaturperiode (259 Vorfälle), die relative Häufigkeit, welche diese Zahlen aufgrund der unterschiedlichen Anzahl an Bundestagssitzungen vergleichbar macht, sinkt auf ein Drittel des Wertes der Vorperiode (von 0,01339 auf 0,0045 Vorfälle pro tausend Wörter). Es lassen sich lediglich 8 Kollokationen mit geringer Aussagefähigkeit (min freq = 2) identifizieren (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Thematisch gruppierte 8 Kollokationen von Atomausstieg in der 15. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein	Beschlossen (4/25,55), eingeleitet (2/19,12)
Bewertung	verantwortbar (2/24,4), richtig (3/13,55)
Energiepolitisches Gesamtkonzept	Energien (2/13,6), Nutzung (2/16,59)
Akteur*innen	rot-grüne (2/15)
Gesetze	Ökosteuer (2/16,42)

Quelle: eigene Darstellung

„Der Atomausstieg ist gesetzlich ‚beschlossen‘ und der Fahrplan eindeutig festgelegt“ (SPD 24.09.2004: 11600). Diese Auffassung führt offensichtlich dazu, dass das Thema für nicht mehr so relevant erachtet wird. Außer, dass Atomausstieg* in einer Aufzählung mit erneuerbaren Energien auftaucht, gibt es kaum Überschneidungen zwischen Artikulationen von Atomausstieg* auf der einen, und erneuerbaren „Energien“ oder „Energiewende*“ auf der anderen Seite. Der Bedeutungsverlust von „Energiewende*“ und Atomausstieg* verläuft also in der 15. Legislaturperiode parallel. Die CDU fasst dies folgendermaßen zusammen: „Nachdem aus Ihrer Sicht das

große Thema Atomausstieg – eigentlich ist es kein Atomausstieg; aber ich übernehme einmal Ihr Vokabular – erledigt ist, kommt nun die große umweltpolitische Leere; deshalb werden Sie nebulös“ (CDU 29.10.2002: 167).

16. Legislaturperiode

Tabelle 14: Rahmendaten der 16. Legislaturperiode

Erste und letzte Sitzung der Legislaturperiode im Bundestag	Anzahl der Sitzungen	Regierungs- koalition	Bundes- kanzler*in
18.10.2005 – 27.10.2009	233	CDU/CSU/SPD	Angela Merkel

Quelle: eigene Darstellung

Auch in der 16. Legislaturperiode wird weiterhin selten von „Energiewende“ gesprochen (62 Vorfälle). Die relative Häufigkeit (0,0034 Vorfälle pro tausend Wörter) nimmt im Vergleich zur 15. Legislaturperiode (0,0029 Vorfälle pro tausend Wörter) nur leicht zu. Es ergeben sich 18 Kollokationen (min freq = 2) mit einer aufgrund der geringen Häufigkeit von „Energiewende“ erneut eingeschränkten Aussagefähigkeit. Allein 7 der 18 Kollokationen gehen auf vier Anträge im Bundestag zurück (vgl. Tabelle 15) und weisen daher eine ungleiche Verteilung über die Legislaturperiode auf.

Auffallend ist, dass sich in der 16. Legislaturperiode die GRÜNEN als vormalige (Mit-)Initiator*innen des „Energiewende“-Diskurses weiter zurückziehen – die Anzahl der absoluten Vorfälle reduziert sich in ihrer Fraktion von 14 auf 10, ihre relative Häufigkeit ungefähr um die Hälfte (von 0,0076 auf 0,004 Vorfälle pro tausend Wörter). Gleichzeitig tritt die LINKE²⁷ als neue Initiatorin auf und bringt sich bedeutungsgebend in den Diskurs ein (24 Vorfälle). Mit einer relativen Häufigkeit von 0,01 Vorfällen pro tausend Wörtern spricht die LINKE in Relation zu ihrer Redezeit damit 2,5 Mal häufiger von „Energiewende“ als die GRÜNEN und die SPD (rel. freq = 0,0039) zusammen. Aufgrund des Rückzugs aller anderen Fraktionen aus dem Prozess der Bedeutungsgenerierung gelingt es ihr, eigene – wenn auch schwach fixierte – Knotenpunkte zu setzen („ökologische“, „radikalen“, „erneuerbaren“) und andere mitzuprägen („nachhaltige“, „konsequent/e“, „Vorschlag“, „Hinblick“). Dadurch artikuliert sie Knotenpunkte gemeinsam mit „Energiewende“, die zuvor nicht vorkamen.

27 Aus von der Bundesregierung enttäuschten SPD-Mitgliedern und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen geht 2005 die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative WASG hervor. Bei der Bundestagswahl 2005 erreicht die Linkspartei.PDS als Bündnis mit der WASG 8,7% der Stimmen. Erst 2007 verschmelzen WASG und Linkspartei.PDS zur neuen Partei DIE LINKE (www.die-linke.de). Zwischen Linkspartei.PDS und LINKE wird aus Gründen der Vereinfachung im Folgenden nicht weiter differenziert.

Tabelle 15: Thematisch gruppierte 18 Kollokationen von „Energiewende“ in der 16. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (2/12,85), ökologische (2/19,3), Nachhaltigen (2/18,44), nachhaltige (2/15,97)
Allgemein	konsequent (2/16,25), konsequente (3/54,63), radikalen (2/28,02), erneuerbaren (2/15,17), Hinblick (2/12,85), Vorschlag (2/11,51), Verbündeten (2/23,79)
Anträge ²⁸	Gewächshäusern (3/59,5), Bürgerinnen (2/11,45)- und Bürgerbeteiligung (3/44,22)/ umfassend (3/31,99)/ berücksichtigen (3/26,17), Energieaußenpolitik (3/42,15)/ Militarisierung (3/41,37), Atomausstieg (2/23,74)

Quelle: eigene Darstellung

Die LINKE kritisiert die Auffassung der Bundesregierung von Energiepolitik grundsätzlich: „Bezahlbare Energiepreise oder sogar eine ‚ökologische‘ Energiewende sind eben nicht das Ziel Ihrer Politik“ (LINKE 07.11.2007: 12711). Die Forderung einer „radikalen“ „Energiewende“ wird als Gegensatz zur bisherigen „Energiewende“ konstruiert – und mit weiteren Forderungen verknüpft, wie „Menschenrechte“ (LINKE 02.07.2009: 25694), „dem Ende des Krieges um Öl“ (LINKE 21.06.2006: 3591), „einem fairen Ausgleich“ für „Haushalte mit geringem Einkommen“ (LINKE 10.04.2008: 16148) und einer „nachhaltige[n]“ Versorgung mit Energie“ (LINKE 02.07.2009: 25694). Dagegen blockiere die Atomenergie „eine Energiewende zu ‚nachhaltigen‘ dezentralen Erzeugungsformen aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse dauerhaft“ (LINKE 26.06.2008: 18375). Daher seien „die insgesamt 43 Milli-

28 *Gewächshäusern*: Alle drei Vorfälle von *Gewächshäusern* im Kontext von „Energiewende*“ beziehen sich auf einen Antrag der GRÜNEN aus dem Jahr 2007 „Programm Energiewende in Gewächshäusern auflegen“.

Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung/umfassend/berücksichtigen: Alle drei Vorfälle von Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, umfassend und berücksichtigen beziehen sich auf einen Antrag der LINKEN aus dem Jahr 2009 mit dem Titel „Stromübertragungsleitungen bedarfsgerecht ausbauen – Bürgerinnen und Bürgerbeteiligung sowie Energiewende umfassend berücksichtigen“.

Energieaußenpolitik/Militarisierung: Alle drei Vorfälle beziehen sich auf einen Antrag der LINKEN aus dem Jahr 2008 mit dem Titel „konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energieaußenpolitik“.

Atomausstieg: Beide Vorfälle von *Atomausstieg* beziehen sich auf einen Antrag der GRÜNEN aus dem Jahr 2009 „Energiewende vorantreiben – Atomausstieg fortsetzen“.

onen Euro“ an Ausgaben für die Internationale Atomenergiebehörde „kein Ruhmesblatt im Hinblick auf eine ‚ökologische‘ Energiewende“ (LINKE 28.03.2006: 2169).

Die GRÜNEN thematisieren umweltpolitische Themen im Kontext von „Energiewende*“ kaum noch, so sprechen sie im betrachteten Kontext von „Energiewende*“ (SR 5L) auch das Thema „Klimaschutz“ nicht mehr an. Für die SPD lassen sich 2 Vorfälle von „Klimaschutz“ im Zusammenhang mit „Energiewende*“ identifizieren: „Angesichts dieser Probleme kann es keinen Zweifel geben, dass ‚Klimaschutz‘ und Energiewende Teil, und zwar ein grundlegender Teil, des Weges aus der Krise sein muss“ (SPD 18.12.2008: 21182). Der SPD gehe es bspw. darum, „weltweit“ zu zeigen, dass „ein Energiesystem auch ohne Atomenergie“ möglich sei – „Dies sollte der Weg im Hinblick auf eine ‚nachhaltige‘ Energiewende sein“ (SPD 19.03.2009: 22757).

Wie bereits in den vorigen Legislaturperioden nehmen die Artikulationen um erneuerbare Energien erneut zu, von 1409 auf 2464 Vorfällen, die relative Häufigkeit steigt im Vergleich zur Vorperiode allerdings nur leicht (von 0,110 Vorfällen pro tausend Wörter auf 0,13). Auf Grundlage der Kollokationsanalyse (min freq = 5) stehen unter den rangersten 40 Kollokationen weiterhin die Themenbereiche Technologien, Marktorientierung, Förderung/Ausbau, Energieverbrauch sowie Energieerzeugung im Mittelpunkt, wobei eine verstärkte Differenzierung zwischen Strom und Wärme auffallend ist und der Wärmebereich als energiepolitisches Handlungsfeld deutlich an Bedeutung gewinnt (vgl. Tabelle 16). Umweltpolitische Themen sind weiterhin nur über „Klimaschutz“ vertreten. Die Rolle Deutschlands in der Welt spielt zwar in der Diskussion einer Internationalen „Agentur“ für Erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency IRENA) weiterhin eine Rolle, die Bedeutung der Entwicklungsländer (Rang 241) sowie des Exportes (Rang 103) innerhalb des Themenbereichs Marktorientierung hat jedoch deutlich abgenommen. Dafür gerät das Thema der Umstellung auf erneuerbare Energien in den Fokus.

Die GRÜNEN sprechen von einer „vollständigen“ (GRÜNE 08.03.2007: 8584) oder „kompromisslosen“ (GRÜNE 06.07.2007: 11293) „Umstellung“, während die CDU den GRÜNEN vorwirft, sie ignorieren „wissentlich die natürlichen und ökonomischen Schranken, die einer so weitgehenden Nutzung von erneuerbaren Energien gesetzt sind“ (CDU 16.02.2006: 1388). Ein bis zu einem gewissen Maß begrenzter „Ausbau“ erneuerbarer Energien, der aber nicht zwingend mit einer grundsätzlichen Wende in der Energiepolitik einhergehen muss, wird weiterhin von allen Fraktionen geteilt. Es handelt sich demnach um eine flottierende Forderung (vgl. Kapitel 4.2.1), die sich in einem Spannungsfeld zwischen vollständiger und teilweiser „Umstellung“ der Energieversorgung bewegt. Die CDU beruft sich dabei auf eine Einschätzung des von Sigmar Gabriel (SPD) geführten Umweltministeriums aus 2006, „dass der ‚Ausbau‘ erneuerbarer Energien bei etwa 25 Prozent des Gesamtenergievolumens erschöpft sein dürfte“ (CDU 16.02.2006: 1388). Der größere diskursive Zusammenhang einer breit geteilten Befürwortung eines (begrenzten) „Ausbaus“ im Spannungsfeld mit einer „Umstellung“ auf erneuerbare Energien bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust von „Energiewende“ wird in Kapitel 5.2 (Story-Lines) genauer analysiert.

Tabelle 16: Thematisch gruppierte rangerste 40 Kollokationen von erneuerbar in der 16. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Technologien	Energien (1950/25497,92), Energie (39/252,98), Energiequellen (9/90,06), Technologien (24/175,45), Bereich (150/776,17), Kraft-Wärme-Kopplung (18/146,26)
Marktorientierung	Marktanreizprogramm (15/138,8), Wärmemarkt (12/137,21), Branche (21/133,14), Investitionen (20/71,92)
Förderung/Ausbau	Förderung (115/779,28), Ausbau (154/1346,02), ausbauen (14/95,4), Anteil (166/1405,75), setzen (20/72,71), fördern (32/168,04), Einsatz (45/215,52), Prozent (111/369,89)
Energieverbrauch	Energieeffizienz (124/1301,74), effiziente (10/74,44), Energieeinsparung (29/308,57), Effizienz (23/168,04), Primärenergieverbrauch (8/95,1)
Umstellung der Energieversorgung	Umstellung (13/91,26)
Energieerzeugung	Strom (58/468,13), Stroms (16/176), Nutzung (78/622,66), Energiemix (10/78,5), Strombereich (14/136,39), Stromversorgung (13/123,84), Stromsektor (8/84,49), Energieversorgung (13/81,08), Wärme (63/679,67), Wärmebereich (28/327,06), Wärmesektor (10/118,19), erzeugt (12/88,75), Wärmegesetz (9/84,97), Stromerzeugung (29/281,62)
Rolle in der Welt	Agentur (11/86,86)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (30/144,85)

Quelle: eigene Darstellung

Der Atomausstieg scheint in der 16. Legislaturperiode wieder an Bedeutung zu gewinnen, die relative Häufigkeit der Vorfälle verdoppelt sich (0,0045 auf 0,0093 Vorfälle pro tausend Wörter). Im Gegensatz zu „Energiewende*“ beteiligen sich die GRÜNEN an den Artikulationen um Atomausstieg* stärker (50 von 171 Vorfällen gehen auf die GRÜNEN zurück). Auch die SPD greift mit 75 Vorfällen das Thema wieder verstärkt auf, die LINKEN bringen sich mit 21 Vorfällen etwa in gleichem

Maße ein, wie in die Artikulation von „Energiewende*“ (CDU: 9, CSU: 4, FDP: 12). Atomausstieg* hat in der 16. Legislaturperiode 34 Kollokationen (vgl. Tabelle 17), deren Aussagefähigkeit erneut aufgrund der geringen Häufigkeit der gemeinsamen Nennungen begrenzt ist (min freq = 2).

Tabelle 17: Thematisch gruppierte 34 Kollokationen von Atomausstieg in der 16. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein	Atomkraft (3/28,45), beschlossenen, festgeschrieben (3/27,54), Fortsetzung (3/24,85), Ausstieg (2/16,57), beschlossenen (3/27,92), Frage (6/14,09)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (10/76,14), Klimaschutzziele (2/19,8)
Bewertung	ambitionierter (3/41,52), klar (6/25,72), Mehrheit (3/14,77)
Dissens	wackeln (3/49,25), rückgängig (4/46,5), Beibehaltung (3/31,62), festzuhalten (3/27,96), unumkehrbar (2/26,5), gerüttelt (2/26,35), Laufzeitverlängerung (2/25,19), ständig (3/21,9), Vereinbarung (3/16,57), Vereinbarungen (2/14,75), vereinbart (2/11,23), weitergehen (2/14,42), glauben (2/12,73), Ablehnung (2/12,32)
Energiepolitisches Gesamtkonzept	erneuerbarer (3/27,12), innovativer (2/23,15), Energiewende (2/23,12), Energien (4/22,72), Kohlekraftwerke (2/17,8)
Akteur*innen	SPD-Bundestagsfraktion (3/27,69)
Gesetze/Verträge	Koalitionsvertrag (4/26,13), Grundgesetz (4/25,9)

Quelle: eigene Darstellung

Neben einer stärkeren Rolle des „Klimaschutzes“ im Zusammenhang mit Atomausstieg* wird der Atomausstieg auch vermehrt im Kontext einer anderen Energiepolitik artikuliert (hier als energiepolitisches Gesamtkonzept bezeichnet) – zumindest was die Einbeziehung anderer Energieträger in die Debatte angeht („dass bei einem geplanten Atomausstieg keine zusätzlichen ‚Kohlekraftwerke‘ benötigt werden“ (LINKE 29.05.2008: 17286)). Daneben erfolgt eine Repolitisierung der Debatte um den Atomausstieg*, hauptsächlich über dessen Sinnhaftigkeit und Ausgestaltung als politische Maßnahme. So kritisieren die LINKEN: „Der ohnehin windelweiche Atomausstieg wird ‚ständig‘ infrage gestellt“ (LINKE 06.04.2006: 2654). Dagegen argu-

mentiert die FDP weiterhin gegen einen Atomausstieg: „Mit dem Atomausstiegsgesetz steht Deutschland allein in der Welt“ (FDP 06.04.2006: 2669).

17. Legislaturperiode

Tabelle 18: Rahmendaten der 17. Legislaturperiode

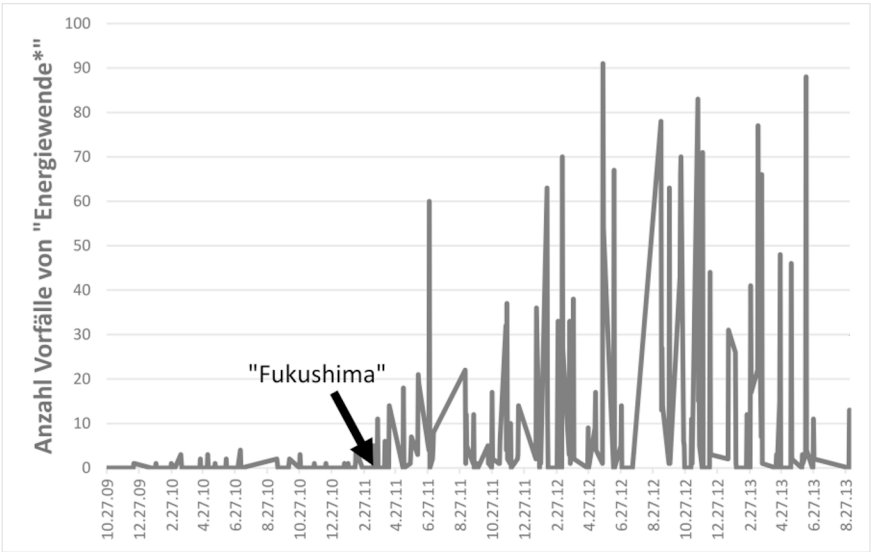
Erste und letzte Sitzung der Legislaturperiode im Bundestag	Anzahl der Sitzungen	Regierungs-koalition	Bundes-kanzler*in
27.10.2009 – 22.10.2013	253	CDU/CSU/FDP	Angela Merkel

Quelle: eigene Darstellung

„Energiewende“

„Energiewende“ kommt in der 17. Legislaturperiode 2270 Mal vor und somit – gemessen an der relativen Häufigkeit – über 28,5 Mal so häufig wie noch in der 16. Legislaturperiode (die relative Häufigkeit steigt von 0,0034 auf 0,097 Vorfällen pro tausend Wörter). Die stark dislozierende Wirkung der Reaktorkatastrophe von „Fukushima“ zeigt sich bei der Betrachtung der Anzahl der Nennungen von „Energiewende“ in einzelnen Plenarsitzungen (Abbildung 10).

Abbildung 10: Verteilung absoluter Häufigkeiten von "Energiewende" in einzelnen Plenarsitzungen der 17. Legislaturperiode



Quelle: eigene Darstellung

Deutlich wird: „Energiewende“ ist erst seit „Fukushima“ eine breit artikulierte und relevante Forderung im Bundestag. Jetzt beteiligen sich auch CDU, CSU und FDP in

einem nennenswerten Umfang an der Bedeutungsgenerierung (CDU: 562 Vorfälle, CSU: 192, FDP 239, GRUENE: 467, SPD: 582, LINKE: 225, für einen Vergleich der relativen Häufigkeiten vgl. Abbildung 7).

Auf Grundlage der methodischen Setzungen ergeben sich für „Energiewende“ in der 17. Legislaturperiode 264 Kollokationen (min freq = 2), von denen hier die rangersten 44, die mit einer absoluten Häufigkeit über 5 auftreten, betrachtet werden (min freq = 5), also als aussagefähig zu betrachten sind (vgl. Tabelle 19). Vor dem Hintergrund der wesentlichen Erhöhung der Anzahl an Kollokationen lässt sich eine Ausdifferenzierung der Themenbereiche erkennen. Als Themenbereiche hinzu kommen vor allem soziale Themen, (Erfolgs)bedingungen, die Frage nach dem Subjekt und der Initialisierung der „Energiewende“, Kosten und Herausforderungen. Erstmals lässt sich eine nennenswerte Zahl benannter Handlungsfelder differenzieren.

Während die Häufigkeitsanalyse nahelegt, dass „Energiewende“ tatsächlich erst nach „Fukushima“²⁹ zu einem relevanten Thema wurde, ist die Bedeutung von „Fukushima“ für die „Energiewende“ unter den Fraktionen dennoch umstritten. „Fukushima“ wird so selbst zu einem wichtigen Element der Bedeutungskonstitution von „Energiewende“, da durch das Ereignis die Frage nach dem Zeitpunkt und dem Subjekt der Initialisierung von „Energiewende“ aufgeworfen wird (Kollokationen: „voranzutreiben“, „eingeleitet“, „vollzogen“, „vollziehen“, „beschlossen“, „Umsetzung“). Dieser Bedeutungskampf entfacht sich hauptsächlich zwischen CDU/CSU, FDP auf der einen und SPD, GRÜNEN auf der anderen Seite. Dabei konstruieren CDU und CSU „Fukushima“ als Initialmoment der „Energiewende“: „Zunächst einmal, finde ich, kann man festhalten, dass die Energiewende eine Reaktion auf die Erfahrung der Nuklearkatastrophe in Fukushima war“ (CDU 19.10.2011: 15576). „Die Energiewende ist die historische Konsequenz aus dem Unfall von – Fukushima“ (CSU 08.03.2012: 19554). SPD und GRÜNE betonen dagegen die Rolle der rot-grünen Regierung als Initiatorin der „Energiewende“: „Herr Rösler, bis Sie dran waren, gab es eine Energiewende“ (SPD 08.02.2012: 18794). „Sie haben die rot-grüne Energiewende nur geerbt“ (GRÜNE 20.11.2012: 25193). Die LINKE hebt dagegen die Bedeutung der sozialen Bewegungen hervor: „Fukushima war eine Zäsur; [...] Aber die Energiewende begann natürlich weit früher, und zwar unter dem Druck der Anti-AKW-Bewegung“ (LINKE 15.03.2013: 28644).

Innerhalb des Bedeutungskampfes um die Initialisierung der „Energiewende“ versuchen vor allem die Regierungsfaktionen diese als „Gemeinschaftswerk“ (z.B. FDP 14.09.2012: 23224), als im „Konsens“ (z.B. CDU 19.10.2011: 15572/ 08.03.2012: 19548) „gemeinsam“ (z.B. FDP 08.07.2011: 14275) und „auf einer breiten Basis“ (CDU 30.06.2011: 13384) „beschlossen“ (Kollokation) zu konstituieren und so die vormaligen oder immer noch bestehenden Konflikte darüber zu verdecken. Konkrete, auf „Energiewende“ bezogene politische Forderungen stehen im Kontext dieser Knotenpunkte eher selten zur Diskussion. GRÜNE, SPD und LINKE weisen auf das Konflikthafte dieses Gemeinsamen hin. So hebt die SPD hervor: „Der ‚Atomausstieg‘ stand im Gesetz. Die Energiewende war ‚eingeleitet‘, gegen Ihren Widerstand“ (SPD 09.06.2011: 12964).

29 „Fukushima“ selbst belegt unter den inhaltlichen Kollokationen im betrachteten Fenster Rang 80 mit einer Häufigkeit von fünf und einem log-likelihood-Wert von $ll = 32,44$.

Tabelle 19: Thematisch gruppierte rangerste 44 Kollokationen von „Energiewende*“ in der 17. Legislaturperiode

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein ³⁰	Energiewende (36/196,01), Projekt (16,62,52), Thema (39/67,74), Atomausstieg (18/144,02)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (34/204,97), Klimawandel (11/65,6)
Soziale Themen	sozial (28/174,07)/soziale (21/77,67)
Erfolg(sbedingungen)	Erfolg (21/75,56), erfolgreich (15/56,6)/ erfolgreich- e (11/55,76), Gelingen (31/346,92)/ gelingen (27/182,78), schaffen (23/66,18), Masterplan (22/231,11)
Stellenwert	ernst (19/71,11)
Subjekt und Initialisierung von „Energiewende“	voranzutreiben (16/125,84), eingeleitet (9/54,18), vollzogen (8/54,55)/ vollziehen (7/53,19), be- schlossen (33/110,85), Umsetzung (45/210,59)
Zeit	Schritt (21/66)
Kosten	Kosten (53/248,2)), bezahlbar (11/81,58), Nullta- rif (8/69,91), Verbraucherinnen (14/62,38)
Herausforderung/Gefahr	(vor die) Wand (fahren) (17/132,05), Herausfor- derungen (25/117,73), Bewältigung (13/86,25)
Handlungsfelder/Mittel	erneuerbare(11/58,88)/ erneuerbaren (15/56,92), Energien (22/80,32), Gebäudebereich (9/81,54), Energieeffizienz (13/69,25), Netzausbau (11/69,35), Akzeptanz (21/125,05), Baustein (13/87,27), Beitrag(39/171,08), leisten (26/93,62), Rahmen (24/59,95)
Rolle in der Welt	Klub (20/231,16)/Klubs (5/56,2) (der Energie- wendestaate), Deutschland (85/155,82)

Quelle: eigene Darstellung

30 „Atomausstieg“ wird in der thematischen Gruppierung nun gemeinsam mit „Energiewende“ dem Themenbereich ‚Allgemein‘ zugeordnet, da „Atomausstieg“ nach „Fukushima“ wesentlich stärker mit „Energiewende“ äquivalenziert wird.

Konfliktbeladen ist darüber hinaus die Frage, wie schnell die „Energiewende“ nun vollzogen werden solle, so wird vor allem von CDU, CSU häufig die Forderung „Schrift“ für Schritt“ als impliziter Gegensatz zu einer schnellen „Energiewende“ verwendet (in 8 von 13 Vorfällen der Kollokation „Schrift“), z.B.: „Wir werden auch die Herausforderungen der Energiewende bewältigen, ‚Schrift‘ für Schritt. ([Zwischenruf] Carsten Schneider [...] [SPD]: Ja ! In hundert Jahren ! [...]“ (CDU 11.09.2012: 22863).

Eine Äquivalenzbeziehung zwischen „Klimaschutz“ und „Energiewende“ wird zwar in Relation zu ihrer Redezeit weiterhin überwiegend von den GRÜNEN hergestellt (16 von 43 Vorfällen), zum ersten Mal wird diese Beziehung nun aber auch von CDU, CSU und FDP artikuliert, die zuvor noch einen Widerspruch zwischen Klimaschutz und „Energiewende“ konstruiert hatten: „Die christlich-liberale Koalition hat ‚Klimaschutz‘, Energiewende und Effizienzsteigerung zu zentralen Punkten der politischen Agenda gemacht“ (CDU 28.02.2013: 28138). Dabei erscheint der Knotenpunkt „Klimaschutz“ meist in einer Aufzählung mit „Energiewende*“ – ohne, dass damit konkrete, weitergehende politische Forderungen verbunden werden. Ebenso wird die „Energiewende“ häufig als Herausforderung neben dem „Klimawandel“ aufgezählt, ohne konkrete damit verbundene politische Forderungen zu benennen, z.B. die „großen gemeinsamen Herausforderungen: Energiewende, ‚Klimawandel‘, demografischer Wandel“ (GRÜNE 12.05.2011: 12379). Eine Äquivalenzierung mit umfassenderen politischen Forderungen bleibt also aus.

In der 17. Legislaturperiode tritt „sozial/e“ zum ersten Mal in einer Äquivalenzbeziehung mit „Energiewende*“ auf und wird so zu einem Knotenpunkt, der im Verhältnis zur Redezeit von der LINKEN überdurchschnittlich häufig artikuliert wird (24 von 49 Vorfällen). Dabei wird z.B. ein Verbot von „Stromsperrern“ oder „bezahlbare Strompreise“ (LINKE 21.03.2013: II;) gefordert. Die „Linken wollen die Energiewende mit einem sieben-Punkte-Programm ‚sozial‘ gestalten“ (LINKE 17.10.2012: 23776). Aber auch SPD und GRÜNE artikulieren die Forderung einer „sozialen“ „Energiewende“: Die SPD möchte „die Energiewende ‚sozial‘ gerecht und ökonomisch sinnvoll“ (SPD 17.10.2012: 23781) gestalten. Die GRÜNEN finden „für eine ‚sozial‘ gerechte und ökologische Energiewende ist ein Regierungswechsel notwendig“ (GRÜNE 01.03.2013: 28303).

Auch „Erfolg“ wird ein zunehmend wichtiger Knotenpunkt in der Äquivalenzkette um „Energiewende*“ und spiegelt sich als Thema in verschiedenen Kollokationen („Erfolg“, „erfolgreich“, „erfolgreiche“, „Gelingen“, „gelingen“, „schaffen“) wider. Der Themenbereich wird überwiegend von der Regierungsfractionen genutzt, um Erfolgsbedingungen zu artikulieren und sich gegen die Opposition abzugrenzen (z.B. „Wenn wir die Energiewende in Deutschland ‚erfolgreich‘ umsetzen wollen, dann müssen wir mit grünen Träumereien Schluss machen“ (FDP 24.11.2011: 17034)). In diesem Kontext ist auch die Frage, wie die „Energiewende“ „gelingen“ kann oder was zum „Gelingen“ der „Energiewende“ beiträgt, entscheidend – „Gelingen“ ist die rangerste Kollokation der 17. Legislaturperiode. Die genannten Erfolgsbedingungen für die „Energiewende“ sind dabei häufig marktwirtschaftlich oder technologieorientiert, z.B.: „Der ‚Erfolg‘ der Energiewende ist abhängig von der Verbesserung der ‚Energieeffizienz‘, vom Ausbau innovativer marktfähiger Erzeugungsanlagen für ‚erneuerbare‘ Energien, von Speicherlösungen“ (CDU 17.01.2013: 26945).

Regierung und Opposition werfen sich gegenseitig vor, es mit der „Energiewende“ nicht „ernst“ zu meinen und bestimmte Anforderungen nicht zu erfüllen. Häufig wird der Halbsatz verwendet „wer es (wirklich) ‚ernst‘ meint mit der Energiewende/ mit der Energiewende ‚ernst‘ meint, der [...]“. Bspw. betont die CSU: „Wenn es Ihnen ‚ernst‘ ist mit der Energiewende, wenn Sie das Thema unterstützen – wollen, dann bitte ich Sie dringend: Hören Sie auf, die Tatsachen zu verdrehen!“ (CSU 21.03.2013: 28800f.); dagegen die SPD: „Wer es ‚ernst‘ meint mit der Energiewende, Kollege Döring, der muss die Energieversorgung in kommunaler Hand stärken“ (SPD 04.07.2011: 11761).

Darüber hinaus werfen vor allem die GRÜNEN der Regierungskoalition vor, die „Energiewende gegen die ‚Wand‘“ (GRÜNE 22.03.2012: 20058) zu fahren.

In der 17. Legislaturperiode werden zudem häufig die „Kosten“ der „Energiewende“ thematisiert (zweithäufigste Kollokation mit dem zweithöchsten log-likelihood-Wert), die somit zu einem der wichtigsten Themen (weitere Kollokationen: „bezahlbar“, „Nulltarif“, „Verbraucherinnen“) in der Debatte werden. Alle Fraktionen sprechen von den „Kosten“ der „Energiewende“ – allerdings aus unterschiedlicher Perspektive. CDU, CSU und FDP artikulieren mit dem Knotenpunkt „Kosten“ u.a. die Forderung einer marktwirtschaftlichen Orientierung, die die „Kosten“ begrenzen solle. Man benötige „Markt und mehr Marktintegration sowie eine permanente Kostenkontrolle, um eine Fehlallokation der Fördermittel zu vermeiden und die ‚Kosten‘ der Energiewende zu begrenzen“ (CDU 08.03.2012: 19559). Gleichzeitig betont vor allem die Regierungskoalition immer wieder die hohen „Kosten“ der „Energiewende“, bspw. durch die gemeinsame Artikulation von „Energiewende“ und „Nulltarif“: „[I]m Übrigen für die ganze linke Seite dieses Hauses. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir haben zum Thema Energiewende immer klar gesagt, dass sie nicht zum ‚Nulltarif‘ zu haben ist, dass das eine teure Operation wird“ (CSU 21.03.2013: 28801). LINKE, SPD und GRÜNE heben dagegen das Konfliktvolle und Widersprüchliche dieser Artikulationen hervor, indem sie kritisieren, dass die „Kosten“ ungerecht verteilt seien und die „Energiewende“ mit dem Argument zu hoher „Kosten“ absichtlich diskreditiert werde, z.B.: „In den letzten zwei Jahren wird nur noch gegen die angeblich hohen Kosten der Energiewende gehetzt“ (GRÜNE 13.06.2013: 31588).

Die mit „Energiewende“ in Verbindung gebrachten Handlungsfelder sind überwiegend technologie-, marktwirtschaftlich und/oder verfahrenspolitisch³¹ ausgerichtet. Es handelt sich dabei häufig um flottierende Forderungen, die sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsfraktionen artikuliert werden, deren Bedeutung sich also in einem Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Positionen generiert (Laclau 2005: 132). Als „Bausteine“ der „Energiewende“ werden bspw. genannt: „Energieeffizienz“, „die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung“ (CDU 22.09.2011: 15046), „nachhaltige Bioenergienutzung“ (CDU 22.11.2011: 16815), die „Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ (z.B. FDP 24.05.2012: 21519), „Die Reform des Mietrechtes“ (CDU 13.12.2012: 26290), „Contracting“ (CDU 27.09.2012: 23350), die „Rettung der einheimischen Solarindustrie“ (LINKE 13.06.2013: 31587) oder „Infrastruktur“ (z.B. CDU 25.04.2013:

31 Für eine Definition von verfahrenspolitisch vgl. Fußnote 13 in Kapitel 1.

29722). Als Herausforderungen im „Rahmen“ der „Energiewende“ gelten z.B.: „Ausbau und Optimierung der Netze“ (GRÜNE 14.06.2012: 21915), „Energieeffizienz‘ und Energieeinsparung“ (SPD 14.06.2012: 21917), „Leitungsausbau“ (CDU 26.09.2012: 23288) oder „schnelle An- und Abfahrvorgänge“ (FDP 18.10.2012: 24021) von Kraftwerken. Forderungen, die „soziale“ Aspekte adressieren, bleiben dabei marginalisiert, z.B. „eine Gerechtigkeitswende; denn sinkende Börsenstrompreise werden nicht an die Verbraucher weitergegeben, sondern nur an die Großindustrie“ (SPD 14.03.2013: 28387). „Akzeptanz“ (21 Vorfälle) wird von allen Fraktionen als eine „Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende“ (z.B. SPD 22.11.2012: 25363) artikuliert. Der Stellenwert von „Akzeptanz“ im Diskurs um „Energiewende“ wird in Kapitel 5.2.8 (Rolle der Bürger*innen) genauer beleuchtet.

Seit 2011 verstärkt sich zudem die Äquivalenzbeziehung zwischen „Energiewende*“ und „Deutschland“. „Deutschland“ ist die häufigste Kollokation (85 Vorfälle) von „Energiewende*“ in der 17. Legislaturperiode. Damit in Verbindung gebracht wird eine deutsche Vorreiterrolle: „Deutschland‘ übernimmt bei der Energiewende eine Vorreiterrolle für alle Industrienationen“ (CSU 14.03.2013: 28420). Die „Energiewende“ solle vor allem auch gut für den deutschen Wirtschaftsstandort sein: eine „Energiewende im Sinne des Standortes ‚Deutschland‘“ (SPD 19.01.2012: 18160). Die Äquivalenzbeziehung zwischen Deutschland und „Energiewende*“ wird von allen Fraktionen, außer von der LINKEN (1 Vorfall), umfangreich artikuliert.

Positionsanalyse der Fraktionen im Vergleich

Aufgrund der Beteiligung aller Fraktionen an der Artikulation von „Energiewende“ lassen sich in der 17. Legislaturperiode Differenzierungen zwischen den einzelnen Positionen herausarbeiten.³²

Dabei wird deutlich, dass es eine große Übereinstimmung zwischen den Kollokationen der CDU³³ mit dem fraktionsunabhängigen Kollokationscluster gibt. Das deutet zumindest rein quantitativ darauf hin, dass die CDU nun eine herausra-

32 Dabei wird für die Kollokationsanalyse der einzelnen Fraktionen der Mindestwert des Auftretens eines Knotenpunktes erneut auf 2 herabgesetzt. Da diese Analyse jedoch überwiegend dazu dient Gemeinsamkeiten und Differenzen zu den in dieser Legislaturperiode aussagefähigen fraktionsunabhängigen Kollokationen zu identifizieren, sind die Interpretationen, die sich aus dieser Relationen dennoch als aussagefähig zu betrachten, da sie zeigen welchen Anteil einzelne Fraktionen an der Bedeutungsgenerierung haben oder eben nicht haben. Innerhalb der Positionsanalyse der Fraktionen werden jeweils die rangersten 40 Kollokationen betrachtet.

33 Kollokationen CDU nach Rang (Häufigkeiten): Gelingen (12), gelingen (16), Energiewende (18), Schritt (15), Beschlossen (15), Stück (10), Baustein (7), Einstieg (7), Bezahlbar (6), Erfolg (11), Projekt (9), Klub (4), Kosten (10), gemeinsam (13), Akzeptanz (7), meistern (5), gestalten (7), Deutschland (23), Club (4), Beitrag (10), erfolgreich (8), Bewältigung (5), wichtiger (7), voranzutreiben (4), Herausforderungen (7), schaffen (9), Umsetzung (8), Fraktion (12), vorwegschicken (2), Rahmen (10), Masterplan (3), Konstruktiv (5), Mittelstandsinitiative (2), Stromsperrern (2), Dimension (4), organisiert (4), mitarbeiten (3), Netze (4), Atomausstieg (3), Atomzeitalter (2).

gende Rolle in der Bedeutungsgenerierung von „Energiewende*“ spielt, was im Laufe der Ergebnisauswertung aber immer wieder auch qualitativ evaluiert werden wird.³⁴ Knotenpunkte, die nicht in direkter Verbindung zu weitergehenden, konkreten politischen Forderungen stehen, wie „G/gelingen“, „Erfolg“, „gemeinsam“, „gestalten“ sind dabei wichtig. Dagegen kommen umweltpolitische Themen in den ersten 40 Kollokationen der CDU nicht vor (im weitesten Sinne höchstens mit „Atomausstieg“ auf Rang 39). Auch Themen wie soziale Gerechtigkeit fehlen, der/die Bürger*in ist nur in der Kollokation „Akzeptanz“ vertreten.

Die diskursiven Muster der CSU³⁵ erweisen sich als ähnlich – sie grenzt sich dabei aber deutlicher von der Opposition ab: „Wir wollen eine intelligente, eine bezahlbare Energiewende, eben keine ‚rot-rot-grüne‘, sondern eine schwarz-gelbe Energiewende“ (CSU 29.03.2012: 20312). Sie wolle die „Wertschöpfung“ in den jeweiligen Regionen fördern und setzt den Knotenpunkt „Industrie“ in ein ambivalentes Verhältnis zu „Energiewende*“: „[...] [O]b wir es trotz Energiewende schaffen, dass die ‚Industrie‘ das Rückgrat unserer Wirtschaft bleibt“ (CSU 16.05.2013: 30177), ist aus Sicht der CSU noch offen. Die CSU wolle die Energiewende nicht in erster Linie schnell, sondern „sorgfältig, ‚Schritt‘ für Schritt und mit Augenmaß vornehmen“ (CSU 14.06.2012: 22063).

Die FDP³⁶ weist den „Herausforderung/en“ der „Energiewende“ einen hohen Stellenwert zu. Sie setzt das Motiv der „Deindustrialisierung“ in eine Äquivalenzbeziehung mit „Energiewende“ und zeichnet darauf aufbauend ein Gefahrenszenario, welches das eigene Verhältnis zur „Energiewende“ erkennbar ambivalent erscheinen lässt: „wir werden nicht zulassen – das sage ich vor allem Dingen in Richtung der Grünen –, dass die Energiewende zu einer ‚Deindustrialisierung‘ dieses Landes genutzt wird“ (FDP 24.11.2011: 17054). Die liberale Fraktion grenzt sich deutlich von der Opposition ab: „Hier zeigt sich das hässliche Gesicht der Dagegen-Partei. Die wahren ‚Bremsen‘ bei der Energiewende sind Sie, meine sehr

34 Der CDU als größter Fraktion kommt dabei auch die meiste Redezeit zu.

35 Kollokationen CSU nach Rang (Häufigkeit): Gelingen (11), Solarwirtschaft (3), rot-rot-grüne (2), Innovationen (3), Deutschland (10), sichern (4), Infrastruktur (4), Atomausstieg (2), Klimaschutz (3), Bezahlbarkeit (2), beschritten (2), Schritt (4), Biomasse (2), Modernisieren (2), Beitrag (4), deutsche (4), schaffen (4), Pläne (2), Wertschöpfung (2), Überschrift (2), sorgfältig (2), Meilenstein (2), Energieeffizienz (2), Bewältigung (2), Kosten (3), stärken (3), Erfolg (3), leisten (3), gestalten (2), Beschluss (2), Industrie (2), Beiträge (2), zeigen (2), Juni (2).

36 Kollokationen FDP nach Rang (Häufigkeit): Umsetzung (15), Herausforderungen (9), Beitrag (9), beschlossen (9), leisten (7), Masterplan (3), Nulltarif (3), Deutschland (13), erfolgreichen (4), vollziehen (3), Energiewende (4), Bewältigung (3), Bremsen (2), guten (5), Kosten (5), Netzausbau (3), Deindustrialisierung (2), Finanzierung (4), Kasachstan (2), Atomkraft (2), gesellschaftlicher (2), Weg (7), Rolle (4), Bundesregierung (9), Atomausstieg (2), Herausforderung (3), vorankommen (2), notwendigen (3), voranzutreiben (2), liberale (2), Kontext (2), Thema (6), wichtiger (3), Händen (2), Baustein (2), Verbrauchern (2), erfolgreich (3), Rahmen (4), Energien (3), erneuerbare (2).

verehrten Damen und Herren von den Grünen“ (FDP 08.02.2012: 18792).

Auch das Kollokationsprofil der SPD³⁷ zeigt deutliche Übereinstimmungen mit dem fraktionsunabhängigen Kollokationscluster, was ebenfalls auf eine starke Rolle in der Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ hindeutet, aber auch darauf, dass es Überschneidungen in den politischen Forderungen mit den Regierungsfractionen gibt. Allerdings zeigen sich auch Forderungen, die eine kritische Positionierung zu den Knotenpunkten der Regierungskoalition aufweisen und, die im fraktionsunabhängigen Kollokationscluster marginalisiert sind. Die „Energiewende“ steht häufiger als bei den Regierungsfractionen in Verbindung mit politischen Forderungen, die den Bereich des Sozialen adressieren. Die „Energiewende ‚sozial‘ gerecht“ zu gestalten (z.B.: SPD 17.10.2012: 23780) wird als Ziel artikuliert und die „Energiewende“ als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (SPD 22.11.2012: 25363) gesehen. Auch „Ressourcenknappheit“ ist ein Thema.

Während bei der SPD „Klimaschutz“ unter den rangersten 40 Kollokationen nicht vorkommt, nimmt er im Kollokationsprofil der GRÜNEN³⁸ den ersten Rang ein. Eine herausragende Rolle in den Artikulationen der GRÜNEN spielt zudem die Kritik an der Regierungskoalition, die die „Energiewende“ „an die ‚Wand‘“ (z.B.: GRÜNE 08.02.2012: 18805) fahre. Sie sprechen von „einer schwarz-gelben ‚Konterrevolution‘ gegen die Energiewende“ (GRÜNE 08.03.2012: 19540) und fordern die Regierungsfractionen auf, „umzudenken“, werfen ihr vor, die Energiewende „in den Sand“ (z.B.: GRÜNE 11.09.2012: 22899) zu setzen, ihr Beitrag zur Energiewende sei „gleich ‚null‘“ (z.B.: GRÜNE 07.09.2011: 14487). Die GRÜNEN fordern außerdem eine „‚sozial‘ gerechte und ökologische Energiewende“ (GRÜNE 01.03.2013: 28303).

„Kosten“ ist die rangerste Kollokation von „Energiewende“ in den Artikulationen der LINKEN.³⁹ Allerdings adressiert die LINKE das Kostenthema aus einer

-
- 37 Kollokationen SPD nach Rang (Häufigkeit): Klub (12), Masterplan (11), Umsetzung (13), Kosten (11), Akzeptanz (7), Deutschland (21), Gelingen (4), Röttgen (7), einzuleiten (4), Wand (5), Ressourcenknappheit (3), ernst (8), Nulltarif (3), bewerkstelligen (3), Herausforderungen (6), sozial (5), Thema (13), Forschungsplattform (2), Management (3), Kraftwerkskapazitäten (2), intelligentere (2), verkorkste (2), blockieren (3), erfolgreiche (4), machbar (3), eingeforderte (2), gesamtgesellschaftliches (2), Nutzen (4), Wende (3), gemangt (2), Atomzeitalter (2), Netzausbau (3), eingeleitet (3), Bewältigung (3), wichtigen (5), Standortes (2), finanziert (4), Energien (5), Erfolg (5).
- 38 Kollokationen GRÜNE nach Rang (Häufigkeit): Klimaschutz (15), Wand (9), sozial (7), Vorwand (4), finanzieren (7), Beitrag (8), voranzutreiben (5), Akzeptanz (6), solide (5), Schwarz-Gelb (8), Atomausstieg (5), finanziert (6), Deutschland (17), Kosten (9), Thema (12), ausfinanziert (3), voranzubringen (4), verstanden (6), Wirtschaftsminister (5), Energien (7), Gebäudebereich (3), Gebäudesanierung (4), umzudenken (2), Energiewende (6), Klimawandel (4), erneuerbare (4), Sand (3), Umsetzung (6), umzusetzen (4), demografische (3), Gelingen (2), Mieterrechte (2), Energieeffizienz (4), gerechte (3), Klub (2), Raumordnung (2), demografischer (2), Netze (3), Atomausstiegs (2), null (3).
- 39 Kollokationen LINKE nach Rang (Häufigkeit): Kosten (15), soziale (13), sozial (11), Energiewende (8), Gebäudebereich (4), Masterplan (4), Gelingen (4), Klimaschutz (5),

herausfordernden Positionierung zum Diskurs der Regierungsfractionen. Sie hebt dabei vor allem die „Verteilung“ hervor und kritisiert die Bundesregierung dafür, dass sie „die energieintensive Industrie von den ‚Kosten‘ der Energiewende“ befreie (LINKE 29.03.2012: 20277). Sie wirft der Bundesregierung vor, die „Energiewende“ durch das Kostenthema negativ zu besetzen und aktiv andere gesellschaftlichen Konflikte zu verdecken: „Auf der anderen Seite ziehen Sie die Debatte über die Verteilung der ‚Kosten‘ der Energiewende so auf, dass die erneuerbaren Energien unter Beschuss geraten, die Zukunftsenergien also, und nicht die soziale Schieflage oder die Profite, die damit vielerorts verdient werden“ (LINKE 15.03.2013: 28645). „Soziale“ Forderungen nehmen – gemessen an ihrer Häufigkeit – in den Artikulationen der LINKEN einen höheren Stellenwert als bei den übrigen Fraktionen ein: „Wir brauchen nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine Kulturwende und eine ‚soziale‘ Wende“ (LINKE 09.06.2011: 12971). Mehrfach bringt die LINKE das Motiv einer „wirklichen“ „Energiewende“ ein. Dazu gehöre „nicht nur der Atomausstieg, sondern mittelfristig auch der Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle“ (LINKE 18.04.2013: 29364).

Erneuerbare Energien und Atomausstieg

Die Debatte um ‚erneuerbare Energien‘ intensiviert sich in der 17. Legislaturperiode noch einmal deutlich (von 2464 auf 3991 Vorfälle, die relative Häufigkeit steigt von 0,13 Vorfällen pro tausend Wörter auf 0,17). Es sind sich nun alle Fraktionen darüber einig, dass das „Zeitalter“ der erneuerbaren Energien“ begonnen habe (104 Vorfälle). War in der 16. Legislaturperiode der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung noch umstritten, scheint dieser Konflikt nach „Fukushima“ zunächst beigelegt – es ist von „Vollversorgung“ (13 Vorfälle) die Rede. Alle Fraktionen sprechen nun vom „Umstieg“ in die erneuerbaren Energien (30 Vorfälle). Dabei wird deutlich: Auch in den Artikulationen um erneuerbare Energien gewinnt erst nach „Fukushima“ eine energiepolitische Wende an Bedeutung. Erneuerbare Energien werden zunehmend als Teil der „Energiewende“ artikuliert: „Die Energiewende hat zwei Beine: erneuerbare Energien und ‚Energieeffizienz‘“ (CDU 08.02.2012: 18800). Allerdings wird dabei auch verstärkt die Notwendigkeit einer „Markt“- und „Systemintegration“ (14 Vorfälle) erneuerbarer Energien in den Fokus gerückt. Der Diskurs um erneuerbare Energien scheint zunehmend zum Bestandteil des „Energiewende“-Diskurses zu werden, die beiden Diskurse gleichen sich quantitativ (in Bezug auf die Häufigkeit der Nennungen) und qualitativ (in Bezug auf ihre Bedeutungsbeziehungen) an (vgl. Tabelle 20).

Beitrag (6), klar (8), Atomausstieg (4), Erfordernissen (3), sozialen (6), Baustein (3), voranzutreiben (3), Abfederung (2), Innovationen (3), Klub (2), wirklichen (3), Konzept (4), gerecht (4), bezahlen (4), Titel (4), ökologische (3), Klimaschutz (2), ehrlichen (2), dringend (4), ehemaliger (2), regenerativen (2), notwendigen (3), Verkehrs (2), ITER (2), Wechsel (2), erfolgreiche (2), schnelle (2), Begriffen (2), Klimawandel (2), Entschuldigung (2), Vorgehen (2), Verteilung (2).

Tabelle 20: Thematisch gruppierte rangerste 40 Kollokationen von erneuerbar in der 17. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Technologien	Energien (3035/38927,09), Energie (66/440,15), Energiequellen (15/162,93), Bereich (173/819,54), fluktuierenden (17/208,03), Energieträger (14/121,5)
Marktorientierung	Marktanreizprogramm (19/160,27), Markt (35/170,97), Systemintegration (14/164,79), Branche (25/135,64)
Förderung/Ausbau	Förderung (152/991,26), Ausbau (409/3791,68), Ausbaus (32/326,56), auszubauen (18/126,41), ausbauen (26/179,91), Anteils (16/154,7), Anteil (158/1219,28), fördern (30/131,07), Prozent (178/642,17), Einspeisevorrang (25/286,71), Zubau (17/156,74), Investitionen (39/187,21), Einstieg (26/182,54), Einspeisung (14/143,81), erreichen (43/162,93), Hauptanteil (13/149,16)
Energieverbrauch	Energieeffizienz (110/981,1)
Umstellung der Energieversorgung	Zeitalter (96/1034,58), Umstieg (30/309,11), Vollversorgung (13/149,16), Kernenergie (18/108,1)
Energieerzeugung	Stroms (37/410), Strom (89/727,34), Erzeugung (24/218,8), Netze (19/122,52), Nutzung (79/573,8), Stromversorgung (20/179,58), Energieversorgung (47/358,73), Wärme (37/372,5), Stromerzeugung (44/448,9)

Quelle: eigene Darstellung

Auch die Debatte um Atomausstieg* intensiviert sich relativ an der Anzahl der Vorfälle gemessen in der 17. Legislaturperiode um mehr als das 1,5fache im Vergleich zur Vorperiode (von 0,0093 Vorfälle pro tausend Wörter auf 0,0156, absolut betrachtet von 171 auf 365 Vorfälle).

Im Herbst 2010 verabschiedet die schwarz-gelbe Regierungskoalition eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Der Streit, der sich darum entfacht, lässt sich anhand zahlreicher Knotenpunkte nachzeichnen, die sich auf einen diesbezüglichen Dissens beziehen (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21: Thematisch gruppierte 38 Kollokationen von Atomausstieg in der 17. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein	Ausstieg (8/68,28), beschlossen (20/120,25), beschlossene (3/26,18), beschlossenen (6/56,37), Atomprivileg (5/86,71), Euratom-Vertrag (5/63,69), ändern (5/25,77), beschließen (7/51,85), Fukushima (4/39,05), voranbringen (4/32,47), forcieren (3/32,18), forciert (2/20,88), beenden (4/26,81), Rückkehr (3/25,69), organisieren (3/19,47), endgültigen (2/19,28)
Zeit	Jahre (8/23,6), schnellstmöglichen (4/59,94), sofortigen (3/32,25), schnellen (3/25,94)
Dissens	rückgängig (6/62,91), revidierbar (3/47,87), Konsens (6/37,08), auszubremsen (2/25,9), Nennenswertes (2/29,67), Forderung (5/22,96), ernst (4/17,13), Rückfahrkarte (2/34,68), unumkehrbar (2/22,32), ehrlichen (4/39,05)
Energiepolitisches Gesamtkonzept	Energiewende (21/168,46), Erneuerbare-Energien-Gesetz (2/16,15), Ausbau (4/17,4), zusammendenken (2/29,67)
Rolle in der Welt	Deutschland (14/26,34)
Akteur*innen	rot-grünen (7/56,2), Rot-Grün (4/23,94), Röttgen (3/17,31)
Forschung	Energieforschung (2/19,24)
Gesetze/Verträge	Gesetz (7/22,31)

Quelle: eigene Darstellung

Insbesondere die LINKE kritisiert, dass der Atomausstieg unter rot-grün nicht „unumkehrbar“ angelegt wurde (z.B.: LINKE 30.06.2011: 13390). Die SPD spricht davon, dass die Regierung „den gesellschaftlichen ‚Konsens‘ in der Frage des Atomausstiegs aufgekündigt“ habe (SPD 25.11.2010: 8221). Zur Diskussion steht zudem erneut der Zeithorizont, in dem ein Atomausstieg durchzuführen sei.

Auch in den Artikulationen um den Atomausstieg* scheint sich erst nach „Fukushima“ der Fokus auf eine energiepolitische Wende zu verstärken. „Energiewende“ ist nicht nur die rangerste (bezogen auf die mit dem log likelihood Wert gemessene Signifikanz), sondern auch die häufigste Kollokation von Atomausstieg* (21 Vorfälle), was die zunehmende Verstrickung der Diskurse nach „Fukushima“

verdeutlicht.⁴⁰ Insgesamt wird bereits in der computerbasierten Auswertung des Diskurses an dieser Stelle die Bedeutung von „Fukushima“ als dislozierendes Ereignis deutlich. Dies wird in Kapitel 5.2 genauer analysiert – ebenso wie die Bedeutung der Laufzeitverlängerung für den „Energiewende“-Diskurs.

18. Legislaturperiode

Tabelle 22: Rahmendaten der 18. Legislaturperiode

Erste und letzte Sitzung der Legislaturperiode im Bundestag ⁴¹	Anzahl der Sitzungen	Regierungs-koalition	Bundes-kanzler*in
22.10.2013 – 24.10.2017 (GermaParl Korpus endet am 16.12.2016)	245 (210 in Germa-Parl enthalten)	CDU/CSU/SPD	Angela Merkel

Quelle: eigene Darstellung

„Energiewende“

Im betrachteten Zeitraum der 18. Legislaturperiode ist 1664 Mal von „Energiewende“ die Rede. Die relative Häufigkeit von „Energiewende“ steigt damit im Vergleich zur 17. Legislaturperiode nochmals leicht an – von 0,097 auf 0,11 Vorfälle pro tausend Wörter. Für „Energiewende“ ergeben sich in der 18. Legislaturperiode 240 Kollokationen (min freq = 2), von denen hier die aussagefähigen rangersten 45, die mindestens 5 Mal gemeinsam mit „Energiewende“ auftreten, betrachtet werden (min freq =5) (vgl. Tabelle 23).

In der 18. Legislaturperiode festigen sich viele Knotenpunkte von „Energiewende“, die bereits in der 17. Legislaturperiode gemeinsam artikuliert wurden.

In Bezug auf den „Atomausstieg“ wird von einer „doppelte[n] Energiewende“ gesprochen „raus aus der Kernkraft und rein in erneuerbare Energie“ (SPD 10.04. 2014: 2450). Dieses Muster verdeutlicht die starke Äquivalenzbeziehung zwischen „Atomausstieg“ und „Energiewende“ nach „Fukushima“.

40 Ebenfalls analog zu den Artikulationen um „Energiewende“ gerät nach „Fukushima“ verstärkt die Rolle Deutschlands in der Welt in den Fokus, die häufig mit einer Vorreiterfunktion verbunden wird: „Als Erste überhaupt haben wir in Deutschland den *Atomausstieg* mit einem richtigen Konzept zum Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden“ (CDU 15.03.2013: 28635).

41 Besonderheiten der 18. Legislaturperiode: Bei der Bundestagswahl 2013 scheitert die FDP an der 5%-Hürde und ist damit nicht mehr im Bundestag vertreten. Während die CDU deutlich hinzugewinnen kann (+7,7%) verlieren GRÜNE und LINKE jeweils über 20% ihres Stimmanteils. Damit kommt die Mehrheitsgruppe auf 80% der Stimmanteile im Bundestag, während die Opposition nur über 20% verfügt – mit entsprechendem Einfluss auf die Redezeiten. Die AfD als neue politische Kraft scheitert mit 4,7% an der 5%-Hürde (www.bundeswahlleiter.de).

Tabelle 23: Thematisch gruppierte rangerste 45 Kollokationen von „Energiewende*“ in der 18. Legislaturperiode

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein	Energiewende (22/106,93), Projekt (14/67,31), Atomausstieg (7/53,37), Energiepolitik (7/42,98)
Umweltpolitische Themen	Klimaschutz (44/282,19)
Erfolg(sbedingungen)	Erfolg (72/481,29)/ erfolgreiche (17/118,02), Gelingen (21/217,69)/gelingen (25/170,15), schaffen (16/40,57), führen (27/108,06)
Subjekt und Initialisierung von „Energiewende“	voranzutreiben (7/48,89), voranbringen (11/74,98), Umsetzung (24/105,27), Bayern (13/55,83), Bürgerinnen (15/52,96)/Bürger (15/43,91)
Kosten	bezahlbar (9/67,38), Nulltarif (5/41,38)
Herausforderung/Gefahr	Abrissbirne (5/55,1)
Handlungsfelder/Mittel	erneuerbaren (14/70,08), Energien (15/65,67), EEG (7/39,79), Gebäudebereich (9/83,53), Energieeffizienz (23/162,98), Akzeptanz (36/280,84), Energieforschung (7/67,32), Verkehr (12/55,95), Wärmebereich (5/51,65), Ausbau (12/47,91), Quartier (5/40,67), Digitalisierung (29/193,15), Baustein (10/62,35), zweite (12/42,13), Säule (13/85,35), Beitrag (19/61,89), Rahmen (19/52,71), Bestandteil (9/50,2), zentraler (8/49,8)
Organisation	dezentrale (7/66,2)
Formalisierung	Fortschrittsbericht (6/53,58), Monitoringbericht (5/53,47)
Rolle in der Welt	europäisch (6/41,94), Deutschland (89/221,98), deutsche (16/45,49)

Quelle: eigene Darstellung

„Klimaschutz“ kommt weiterhin ein hoher Signifikanzwert für die Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ zu: „[W]ir haben in den Bereichen Klimaschutz und Energiewende eine Vorreiterrolle“ (CDU 03.12.2015: 13961).

„Erfolg“ ist in der 18. Legislaturperiode der Knotenpunkt mit dem höchsten Signifikanzwert. Der „Erfolg“ bzw. das „Gelingen“ (weitere thematisch verwandte Kol-

lokationen: „erfolgreiche“, „gelingen“, „schaffen“, „führen“) der „Energiewende*“ wird verstärkt mit nationalen Motiven verbunden, z.B. „Wenn diese Energiewende einem Land ‚gelingen‘ kann, dann ist das ‚Deutschland*““ (CDU 29.01.2014: 565). Die „deutsche“ Energiewende“ ist zu einer festen Wendung geworden: „Man spricht von der ‚German Energiewende*““ (CDU 06.11.2014: 5854). Dabei geht es auch um die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt. Die SPD möchte bspw. „die Energiewende so [...] gestalten, dass ‚deutsche‘ industrielle Produktion auf internationalen Märkten keine Chancen verliert“ (SPD 13.02.2014: 995). „Deutschland“ ist mit 89 Vorfällen die häufigste Kollokation dieser Legislaturperiode (Rang 4 bezüglich des Signifikanzwertes). „Energiewende“ scheint zum identitätsstiftenden Moment für „Deutschland“ zu werden – dies wird in Kapitel 5.2.6 (Deutschland als Vorreiter) noch genauer analysiert. Bei einer Kontextanalyse (Konkordanzanalyse) wird deutlich, dass dieses Moment mit ‚Stolz‘ verbunden wird: „‚Deutschland‘ kann auf die Energiewende stolz sein“ (SPD 04.12.2014: 7024), „Wir haben in ‚Deutschland‘ die Energiewende beschlossen, und darauf sind wir stolz“ (CSU 26.03.2015: 9266). Im Kontext von „Energiewende*“ und „Deutschland“ wird ein Bild von ‚der Welt‘ gezeichnet, die auf „Deutschland“ blicke: „ein zentrales Projekt der nachhaltigen Entwicklung in ‚Deutschland‘ [ist] die Energiewende. In der Tat blickt die ganze Welt auf uns“ (SPD 04.12.2014: 7024). Die „Energiewende“ solle nicht nur in „Deutschland“ stattfinden, sondern mindestens ‚europäisch‘ eingebunden werden.

Darüber hinaus nimmt der Stellenwert der „Bürgerinnen und Bürger“ als Subjekte der „Energiewende*“ in der 18. Legislaturperiode zu. Sämtliche Fraktionen beziehen sich positiv auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der „Energiewende*“: „Die breite Basis der Energiewende stellt die Beteiligung der ‚Bürger‘, die Bürgerenergie dar“ (CDU 01.06.2016: 16991). Dennoch scheint die Rolle der Bürger*innen für die „Energiewende“ stark umstritten, denn die Opposition wirft der Regierungskoalition vor, die Bürger*innenbeteiligung bei der „Energiewende“ zu torpedieren: „Lassen Sie die Energiewende in den Händen der ‚Bürger*!‘“ (GRÜNE 29.01.2014: 582). „Die Union nimmt den ‚Bürgern‘ die Energiewende“ (LINKE 01.06.2016: 16986).

Die Kosten der „Energiewende“ sind in den Debatten der 18. Legislaturperiode weiterhin ein häufiges Thema (Kollokationen: „bezahlbar“, „Nulltarif“). Im Mittelpunkt steht die Forderung, „dass die Energiewende ‚bezahlbar‘ bleibt“ (CDU 19.03.2014: 1719). Ein diskursives Muster, das überwiegend von SPD und CDU artikuliert wird. Um auf die hohen Kosten der „Energiewende“ zu verweisen, wird die Formulierung „die Energiewende zum ‚Nulltarif‘ ist eine Illusion⁴²“ (z.B. CSU 08.05.2014: 2712; 19.03.2014: 1712) verwendet.

42 Dabei wird auf ein Zitat aus einem umstrittenen Interview verwiesen, das der damalige Vorsitzende des Wirtschafts- und Energieausschusses Peter Ramsauer (CSU) 2014 im Spiegel gegeben hatte. Ramsauer kritisierte dabei den Entwurf zur Novelle des EEG 2014, schloss ein „zurück zur Atomkraft“ nicht aus, wenn „die Entwicklung aus dem Ruder läuft und wir uns die Energiewende so nicht leisten können und wollen“ – es dürfe „keine Einschnitte für die Wirtschaft geben“ (www.spiegel.de). Die GRÜNEN beantragten hierzu eine aktuelle Stunde.

Die in der 17. Legislaturperiode benannten Handlungsfelder der „Energiewende“ wiederholen sich in der 18. Legislaturperiode zum Teil, wobei „Energieforschung“, „Quartier“, „Wärmebereich“, „EEG“, „Digitalisierung“ und „Verkehr“ hinzukommen. „Energieeffizienz“ solle neben den erneuerbaren Energien die „zweite“ „Säule“ der „Energiewende“ werden (8 Vorfälle, z.B.: CSU 05.02.2015: 8075). Die „Energiewende“ im „Verkehr“ gewinnt in der 18. Legislaturperiode an Bedeutung, wird aber überwiegend von der Opposition unter SPD und GRÜNEN eingebracht, z.B.: „denn bisher hat sie [die Bundesregierung] die Energiewende im Wärmesektor und beim ‚Verkehr‘ völlig verschlafen“ (GRÜNE 18.12.2015: 14558); „die Elektromobilität ist entscheidend für eine erfolgreiche Energiewende im ‚Verkehr‘, nicht zuletzt im Wirtschaftsverkehr“ (SPD 09.09.2016: 18642). Auch das „EEG“ gewinnt in im Kontext von „Energiewende“ an Bedeutung, da seine Ausgestaltung – vor allem im Rahmen der Novellierungen 2014 und 2016/2017 – hochgradig umkämpft ist. So ist die Regierungskoalition der Überzeugung, „dass es einer Reform des ‚EEG‘ bedarf, um die Energiewende [...] nicht zu gefährden. Da geht es um die Bezahlbarkeit für die ‚Bürger‘ und um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen“ (CDU 08.05.2014: 2717). Dagegen argumentiert die Opposition, die Bundesregierung mache das „EEG“, „bislang ein Segen für die Energiewende“, „zu einem Schreckgespenst“ (LINKE 27.06.2014: 3941); sie „säge[...]“ die erneuerbaren Energien als „andere ‚Säule‘ der Energiewende [...] ab“ (GRÜNE 26.06.2014: 3853). „[M]it dieser ‚EEG‘-Novelle zertrümmern Bundesregierung und Koalition alles, was die Energiewende demokratisch und ‚dezentral‘ macht, sie machen sich zu Lakaien der Konzerne und Großinvestoren“ (LINKE 24.06.2016: 17832). Das „EEG“ wird zu einem wichtigen, umkämpften Knotenpunkt von „Energiewende“ – welche Rolle es genau für den Bedeutungskampf um „Energiewende“ spielt, wird im nächsten Kapitel 5.2 (Story-Lines) genauer betrachtet.

Eine zunehmend formale Expert*innen-Begleitung des Prozesses der „Energiewende“ zeigt sich in den Kollokationen „Monitoring“ und „Fortschrittsbericht“. Alle Fraktionen beziehen sich positiv auf das Hinzuziehen externer Expertise. Die GRÜNEN artikulieren jedoch auch die Gefahren einer Formalisierung, bspw. der Vernebelung tatsächlich getroffener politischer Entscheidungen: „Es wäre nicht so tragisch, wenn es nur darum ginge, ob Sie im Jahr 2020 in Ihrem ‚Monitoringbericht‘ zur Energiewende, wenn Ihre Energiesparziele evaluiert worden sind, ein paar Häkchen machen können [...]. Es geht vielmehr um die Frage, ob Sie den ‚Klimaschutz‘ ernst nehmen“ (GRÜNE 05.02.2015: 8074).

Der Knotenpunkt „dezentrale“ gewinnt in der 18. Legislaturperiode zum ersten Mal an Bedeutung, taucht allerdings ausschließlich in einem negativen Bezug auf die Politik der Bundesregierung auf: „Damit machen Sie die Bürgerenergie, die ‚dezentrale‘ Energiewende kaputt“ (GRÜNE 23.05.2014: 3213), „Das sehen wir auch am ‚EEG‘-Entwurf, mit dem Sie die ‚dezentrale‘ Energiewende torpedieren und durch Ausschreibungspflicht zentralistische Tendenzen unterstützen“ (LINKE 29.04.2016: 16607). Darüber hinaus bezeichnen die GRÜNEN „Sigmar Gabriel bei der Verabschiedung der ‚EEG‘-Novelle als ‚Abrissbirne‘ der Energiewende“ (GRÜNE 29.01.2015: 7764). Dieses Artikulationsmuster wird im Verlauf der Legislaturperiode immer wieder aufgegriffen (10 Vorfälle).

Positionsanalyse der Fraktionen im Vergleich

Die CDU (337 Vorfälle)⁴³ hat erneut einen hohen Einfluss auf die Bedeutungsgerierung von „Energiewende“ im Bundestag, was sich an der hohen Übereinstimmung zwischen ihrem Kollokationsprofil⁴⁴ und dem fraktionsunabhängigen Kollokationscluster zeigt. Stärker als andere Fraktionen bringt die CDU das Thema „Energieforschung“ ein, das sich in verschiedenen Kollokationen widerspiegelt. Die „Energieforschung“ solle auch der Konsensbildung dienen, bzw. der „Abstimmung mit Wirtschaft und Wissenschaft“: „Wir alle zusammen haben im letzten Frühjahr mit dem Forschungsforum Energiewende einen Dialogprozess gestartet“ (CDU 04.12.2014: 6875). Die CDU artikuliert darüber hinaus „Energiewende“ verstärkt mit Knotenpunkte, die eine ambivalente Bedeutungsbeziehung zu „Energiewende“ herstellen: So spricht sie von „Belastungen“, die „für die Unternehmen in Europa existenzbedrohend werden“ können (CDU 17.01.2014: 514). Sie skizziert „zusätzliche finanzielle ‚Belastungen‘ durch die europäische Staatsschuldenkrise, die Energiewende und die Flutkatastrophe“ (CDU 11.04.2014: 2628).

Auch die CSU (193 Vorfälle)⁴⁵ artikuliert verstärkt ambivalente Bedeutungsbeziehungen zu „Energiewende“. Sie hebt besonders die „Kosten“ der „Energiewende“ hervor: „Dass die Energiewende ‚teuer‘ ist, ist ja wohl Common Sense“ (CSU 19.03.2014: 1714). „Die ‚durchschnittlichen‘ ‚Strompreise‘ für Industriekunden“ seien in Deutschland im Vergleich hoch (CSU 24.04.2015: 9730). Die CSU spricht von der „Energiewende“ als „Generationenaufgabe“; Allerdings nicht im Sinne einer Verantwortung für kommende Generationen, sondern vielmehr, um

-
- 43 Kollokationen CDU nach Rang (Häufigkeit): Erfolg (16), Akzeptanz (8), gelingen (8), Energiewende (8), Energiepolitik (5), Energieforschungsprogramm (3), Digitalisierung (6), Energieeffizienz (5), bezahlbar (4), Umsetzung (7), Richtung (6), Deutschland (16), Klimaschutz (5), Gelingen (3), naturnahen (2), erfolgreiche (4), Hauseigentümer (2), Weg (9), Begleitforschung (2), Heizkosten (2), Kopernikus-Projekte (2), voranzutreiben (3), gestalten (4), meistern (3), Beitrag (6), Projekt (4), Quartier (2), absichern (2), breite (3), Energieforschung (2), Gebäudebereich (2), Baustein (3), Belastungen (3), gesamtgesellschaftlichen (2), vollständig (3), globalen (3), größte (3), größten (3), erneuerbaren (3), Aufgabe (5), Netzausbau (2), Basis (3).
- 44 Betrachtet werden in der Positionsanalyse – wie bereits in der 17. Wahlperiode – jeweils die 40 rangersten Kollokationen der Fraktionen, die mit einer Häufigkeit von mindestens 2 auftreten.
- 45 Kollokationen CSU nach Rang (Häufigkeit): Erfolg (10), Digitalisierung (6), Akzeptanz (5), Generationenaufgabe (3), Bestandteil (4), Nulltarif (3), Illusion (3), Energieeffizienz (4), gelingen (4), Umsetzung (5), zentraler (3), gefehlt (2), voranbringen (3), Baustein (3), Fortschrittsbericht (2), energiepolitischen (2), beschlossen (5), Säule (3), Rahmen (5), Akteur (2), Vorangekommen (2), Gelingen (2), durchschnittlichen (2), Strompreise (2), Umstellung (2), notwendiger (2), verbunden (3), Bürger (4), riesige (2), teuer (2), aktiven (2), Chancen (3), Bürgerinnen (3), stoppen (2), Herren (7), Damen (7), Klimapolitik (2), wichtigen (3), richtiger (2), Bedeutung (3).

auf die Verantwortung kommender Generationen, z.B. bei der Finanzierung der Energiewende zu verweisen (CSU 08.05.2014: 2712).⁴⁶ Die CSU erklärt, es gehe ihr „nicht darum, die Energiewende zu ‚stoppen‘“, sondern „darum, sie rational und sinnvoll zu machen“ (CSU 01.06.2016: 16980).

Auch das Kollokationsprofil der SPD (567 Vorfälle)⁴⁷, die nun an der Regierung beteiligt ist, ähnelt in der 18. Legislaturperiode noch stärker dem fraktionsunabhängigen Kollokationscluster, was ihr Wirken innerhalb dominanter Muster der Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ verdeutlicht. Marginalisierte Positionen innerhalb des Diskurses vertritt sie anders als in der 17. Legislaturperiode dabei kaum noch, auch kaum kritischen Positionen zu den zentralen Knotenpunkten. Die SPD artikuliert mehrfach das Bild die „Energiewende vom ‚Kopf‘ auf die ‚Füße‘“ stellen (z.B. SPD 08.05.2014: 2705) und impliziert damit, die „Energiewende“ hätte zuvor auf dem „Kopf“ gestanden. Sie grenzt sich nun explizit von GRÜNEN Positionen ab, indem sie diesen bspw. vorwirft, „mit Ihrem starren Beharren auf Überförderung der Energiewende einen ‚Tort‘, an[zu]tun“ (SPD 10.04.2014: 2450). Dagegen sei der Vorwurf, dass die SPD die „Energiewende“ „ausbremsen“ wolle „ein Stück Propaganda seitens der GRÜNEN“ (SPD 27.06.2014: 3939). „In einem sich aufgrund der Energiewende schnell und radikal ‚ändernden‘ Marktumfeld“ wolle die SPD Versorgungssicherheit gewährleisten (SPD 29.01.2016: 15105). Die SPD wolle mit der „Energiewende“ „anderen Ländern als Vorbild dienen“, „‚Nachahmer‘ finden“ (SPD 22.05.2015: 10310).

„Klimaschutz“ ist im Kollokationsprofil der GRÜNEN weiterhin die nach Signifikanzwert rangerste Kollokation (396 Vorfälle von „Energiewende*“).⁴⁸

-
- 46 Gemeint ist ein kreditbasiertes Finanzierungsmodell für die „Energiewende“, das die Kosten in die Zukunft verlagert. Denn „die Energiewende“ sei „eben nicht per Knopfdruck“ zu bewerkstelligen. Deshalb dürfe es keine „Denkverbote“ geben – „[D]er Vorschlag, die Lasten der Energiewende über einen längeren Zeitraum zu strecken“ sei „nach wie vor diskussionswürdig“ (CSU 08.05.2014: 2712).
- 47 Kollokationen SPD nach Rang (Häufigkeit): Erfolg (42), Akzeptanz (16) Gelingen (12), Klimaschutz (14), führen (18), Deutschland (32), Digitalisierung (11), erfolgreiche (9), gelingen (9), Energieeffizienz (7), Verkehr (7), bezahlbar (5), Umsetzung (9), Energiewende (8), Wärmebereich (3), doppelte (4), Kopf (5), ineinandergreifen (3), Rahmen (9), Forschungsagenda (2), Energien (6), Verkehrssektor (3), Tort (2), Zuge (4), Klimaschutz (3), Ziel (9), erneuerbaren (5), Projekt (5), muss (9), antun (2), gewandelten (2), Füße (3), ändernden (4), erfolgreich (5), Nachahmer (2), ausbremsen (2), Rahmenbedingungen (5), Ausbau (5), Ausbremsen (2).
- 48 Kollokationen GRÜNE nach Rang (Häufigkeit): Klimaschutz (22), Deutschland (27), Säule (6), Abrissbirne (4), Monitoringbericht (4), dezentrale (4), Bayern (7), angezogener (3), Handbremse (3), Kohleland (3), Digitalisierung (5), Wärmesektor (3), Energieforschung (3), Energien (6), Verkehr (5), Gegenteil (6), gelingen (4), Netzbetreiber (3), Akzeptanz (4), Bürgerinnen (6), Bürger (6), Bekenntnis (3), Energieeffizienz (4), Anschlag (3), zweite (5), Wärmebereich (2), bezeichnet (3), Investitionssicherheit (2), Projekt (4), erneuerbaren (4), exakte (2), Schwangerschaft (2), gesellschaftliche (3), Ausbau (4), vorangerbracht (2), Innovationen (3), profitieren (3), konsequent (3), ausgerichtet (2), werben (2).

Darüber hinaus werden umweltpolitische Themen von den GRÜNEN im Kontext von „Energiewende“ selten artikuliert. Die GRÜNEN betonen die Rolle der „Bürger*innen bei der „Energiewende“: „Die treibende Kraft hinter der Energiewende ist die große ‚gesellschaftliche‘ Unterstützung“ (GRÜNE 08.05.2014: 2711). Die Rolle Deutschlands in der Welt hat auch bei den GRÜNEN einen hohen Stellenwert. In 27 von 396 Vorfällen werden „Deutschland“ und „Energiewende*“ in eine Äquivalenzbeziehung gebracht, wodurch „Deutschland“ der Knotenpunkt mit der höchsten Häufigkeit (und signifikanter als bei allen anderen Fraktionen) ist. „Deutschland“ müsse „für die Energiewende im Ausland ‚werben‘“ (GRÜNE 29.04.2016: 16576). Die Artikulationen der GRÜNEN sind darüber hinaus erneut stark auf eine kritische Herausforderung der Regierungskoalition gerichtet. „Das ist das ‚exakte‘ ‚Gegenteil‘ von Energiewende“ (GRÜNE 13.11.2014: 6209). Die Kritik bezieht sich unter anderem auf die aus Sicht der GRÜNEN mangelnde Geschwindigkeit der „Energiewende“, die „mit ‚angezogener‘ ‚Handbremse‘“ (z.B. GRÜNE 31.01.2014: 856) durchgeführt werde. „Das ‚Bekenntnis‘ zur Energiewende ist schön, davon allein kommt sie aber nicht“ (GRÜNE 02.07.2015: 11177). Darüber hinaus kritisieren die GRÜNEN den ausbleibenden Kohleausstieg: „Deutschland kann kein ‚Kohleland‘ bleiben und erfolgreich eine weltweit glaubwürdige Energiewende stemmen“ (GRÜNE 25.06.2014: 3699).

Die GRÜNEN und die LINKEN verbinden als einzige Fraktionen in signifikanter Weise „Energiewende*“ mit einer „dezentralen“ Organisation. Die LINKE (171 Vorfälle)⁴⁹ setzt zudem die Knotenpunkte „ökologisch“ und „nachhaltige“. „Wir als Linke wollen ‚ökologische‘, demokratische Stadtwerke als ‚zentrale‘ Akteure der Energiewende“ (LINKE 29.01.2016: 15117). Die LINKE bringt mehrfach „sozial“ und „ökologisch“ in eine Bedeutungsbeziehung: „Dann klappt es mit der Energiewende ‚sozial‘ und ‚ökologisch‘“ (LINKE 08.07.2016: 18231). Sie artikuliert „Energiewende*“ nicht nur als reines technik- und marktorientiertes Energiethema, sondern bringt sie auch in andere Kontexte ein: „demokratische Beteiligung und Bildungsthemen wie Energiewende, ‚nachhaltige‘ Lebensweise, Mobilität und biologische Vielfalt“ (LINKE 26.09.2014: 5127). Sie setzt „Energiewende*“ in einen breiteren Gesamtkontext: „‚Nachhaltige‘ Stadtentwicklung ist daher für das ‚Gelingen‘ der Energiewende genauso entscheidend wie für die Reduzierung der Flächen – und der Ressourceninanspruchnahme“ (LINKE 08.05.2015: 9954). Wie die GRÜNEN fordert die LINKE die Artikulationen der Regierungskoalition kritisch heraus: „Darum wird Energiewende ‚absurd‘ wohl fortgeführt: Ungebremste Kohlestrommengen trotz permanent wachsendem Ökostrom“ (LINKE 23.06.2016: 17730).

49 Kollokationen LINKE nach Rang (Häufigkeit): Gelingen (3), Gebäudebereich (3), Dezentrale (3), Zentrale (4), Energieeffizienz (3), Dezentralen (2), Akzeptanz (3), Fortschrittsbericht (2), Europäisch (2), Voranbringen (2), Wand (2), Erfolgreiche (2), Erneuerbare (2), Hinbekommen (2), Verankern (2), Atomausstieg (2), Ökologisch (2), Weltweiten (2), Beitrag (3), Finanzierung (3), Teuer (2), Bürgern (2), Nachhaltige (2), Gabriel (3), Experten (2), Wasser (2), Deutschland (6), Wichtigen (2), Fördern (2), Schlicht (2), Absurd (2), Erhöhen (2), Sozial (2).

Erneuerbare Energien und Atomausstieg

Während sich die Debatte um „Energiewende“ in der 18. Legislaturperiode nochmals leicht intensiviert hat, sinkt die relative Häufigkeit von erneuerbaren Energien im Vergleich zur Vorperiode (1858 Vorfälle, relative Häufigkeit sinkt von 0,17 auf 0,12 Vorfälle pro tausend Wörter). Damit erfolgt eine weitere quantitative Angleichung der beiden Diskurse, die sich jetzt in der Anzahl der Vorfälle nur noch geringfügig unterscheiden. Die artikulierten Themenbereiche um erneuerbare Energien (vgl. Tabelle 24) ändern sich nur geringfügig im Vergleich zur vorigen Legislaturperiode.

Tabelle 24: Thematisch gruppierte rangerste 40 Kollokationen von erneuerbar in der 18. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Technologien	Energien (1289/17645,07), Energie (25/137,03), Bereich (66/294,84), Bereichs (13/145,3), Wärmebereich (9/107,19), Stromsektor (6/68,19), synchronisieren (5/60,6), Quellen (7/55,88)
Marktorientierung	Marktanreizprogramm (6/67,1), Markt (16/85,73), Ausschreibungen (12/103,84), Investitionen (19/74,77), Strommarkt (8/72,07)
Förderung/Ausbau	Förderung (35/201,82), Ausbaus (18/193,80), Ausbau (229/2357,22), ausbauen (10/65,75), auszubauen (8/57,37), Anteil (97/847,6), Prozent (89/370,02), Zubau (11/106,1), stärker (15/66,19)
Energieverbrauch	Energieeffizienz (64/610,35)
Umstellung der Energieversorgung	Zeitalter (18/159,08), Energiewende (20/101,47), Umstieg (11/120,63)
Energieerzeugung	Stroms (16/189,57), Strom (63/581,78), Stromerzeugung (17/174,56), Stromproduktion (7/72,01), Erzeugung (11/106,1), erzeugt (8/61,97), Nutzung (17/116,87), Stromversorgung (9/89,25), Wärme (20/210,72), Wärmeversorgung (5/57,72), decken (7/57,43), fossilen (8/61,97)
Gesetze	EEG (13/95,23), Änderungen (14/75,5)

Quelle: eigene Darstellung

Der Wärmebereich kommt wieder stärker in den Fokus. Zudem wird zunehmend eine Diskussion über den „Strommarkt“ geführt: „Nun müssen wir den ‚Strommarkt‘ fit für die Erneuerbaren und die Erneuerbaren fit für den ‚Markt‘ machen“ (SPD 08.07. 2016: 18228). Im Zuge der „EEG“-Novellierung wird darüber diskutiert, die feste

Einspeisevergütung abzuschaffen und stattdessen auf Direktvermarktungen und „Ausschreibungen“ zu setzen, z.B.: „Herr Gabriel sagt dieser Tage gerne, der Welpenschutz für erneuerbare Energien sei beendet, man müsse die Erneuerbaren jetzt durch ‚Ausschreibungen‘ in einen Wettbewerb bringen“ (LINKE 29.01.2016: 15101). Die erneuerbaren Energien sollen marktfähig werden – die CDU erklärt sie wolle „das ‚EEG‘ in den kommenden Jahren Schritt für Schritt reformieren, stärker an den ‚Markt‘ heranbringen und somit auch erneuerbare Energien wettbewerbsfähig machen[...]" (CDU 17.01.2014: 551).

Die Artikulationen von Atomausstieg* reduzieren sich in der 18. Legislaturperiode (159 Vorfälle) im Vergleich zur Vorperiode bezogen auf die relative Häufigkeit um das 1,5fache (von 0,0156 Vorfällen pro tausend Wörter auf 0,0103). Der Dissens über den Atomausstieg scheint in großen Teilen beseitigt (vgl. Tabelle 25).

Tabelle 25: Thematisch gruppierte 34 Kollokationen von Atomausstieg in der 18. Legislaturperiode*

Thematische Gruppierung	Kollokationen (=Knotenpunkte) (freq/log likelihood)
Allgemein	Euratom-Vertrag (2/26,22), reformieren (2/18,03), Risiko-Reaktoren (4/72,65), Gronau (4/60,62), Kelheim (2/34,7), beschlossen (10/62,44), beschlossenen (4/42,65), Fukushima (4/53,11), konsequent (6/50,86), durchsetzen (2/13,99), Konsens (3/22,75), Radioaktivität (2/28,54), möglichen (2/14,67), internationalen (3/14,57), Großbritannien (2/13,85)
Zeit	Jahre (4/13,5), beschleunigen (5/56,34), unverzüglich (2/31,93)
Dissens	Atomsubventionierung (2/36,32), Atomförderung (2/34,7), Risiken (6/48,79), ernst (3/17,47), Wehrpflicht (2/23,07)
Kosten	Klagen (6/66,43), Vattenfall (2/21,23), aufkommen (2/21,23), Kosten (3/14,03), verklagt (2/24,99)
Energiepolitisches Gesamtkonzept	Energiewende (7/50,86)
Rolle in der Welt	Deutschland (23/103,11), Europa (12/60,04), deutschen (5/23,04), europäischen (5/26,14), europaweiten (2/36,32)

Quelle: eigene Darstellung

Strittig ist nun vor allem die Frage, wer die Kosten für den Atomausstieg zu tragen habe. So fordert die LINKE, dass diejenigen, „die sich jahrzehntelang eine goldene Nase mit der Atomenergie verdient haben, für die Milliarden Euro an Kosten des Atomausstiegs tatsächlich ‚aufkommen‘ [...]“ (LINKE 15.04.2016: 16266). „Vattenfall“ allerdings habe wegen „des Atomausstiegs gegen die Bundesregierung geklagt und fordert eine Entschädigung in Höhe von 3,7 Milliarden Euro“ (GRUENE 21.05.2014: 2954).

Genauso wie „Energiewende“ wird nun auch Atomausstieg* verstärkt in eine Äquivalenzbeziehung mit dem Knotenpunkt „Deutschland“ gebracht. In einer Analyse des breiteren Kontextes dieser Vorfälle wird deutlich, dass dabei auch technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum als politische Ziele innerhalb der in dieser Äquivalenzkette artikulierten Forderungen eine Rolle spielen: „Klimaschutz schafft Wachstum. Dieses Wachstum hätten wir nicht ohne die erfolgreiche Umweltpolitik in ‚Deutschland‘, vom Atomausstieg über das EEG bis zur ‚Energiewende‘ und zu innovativen, ressourcenschonenden und treibhausgasarmen Produktionsprozessen“ (SPD 23.06.2016: 17598).

5.1.3 Diskussion: Regelmäßige Differenzbeziehungen von „Energiewende“ in Auseinandersetzung um Hegemonie

Insgesamt legt die Diskursanalyse in diesem ersten computerbasierten Anwendungsschritt nahe, dass die parlamentarische Debatte um „Energiewende“ vor „Fukushima“ – auch unter rot-grün – sehr schwach ausgeprägt war. Eine Fixierung von Knotenpunkten in einer Äquivalenzkette um „Energiewende“ gelingt daher vor 2011 kaum. Die wenigen Vorfälle von „Energiewende“ in den Jahren 1998 bis 2005 zeigen, dass die rot-grüne Bundesregierung das Thema „Energiewende“ selten direkt aufgreift. In der 16. Legislaturperiode tritt die LINKE verstärkt in der Debatte auf und setzt eigene Forderungen – „Energiewende“ bleibt aber aufgrund der geringen Zahl der Vorfälle marginalisiert. Vor allem CDU/CSU und FDP nehmen vor „Fukushima“ kaum an der Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ teil (vgl. Abbildung 7). Es gelingt vor 2011 also nur unzureichend, „Energiewende“ im parlamentarischen Raum mit Bedeutung aufzuladen, bzw. sind in dieser Hinsicht durch die Fraktionen im Bundestag kaum Bemühungen zu erkennen. Die rot-grüne Bundesregierung nutzt ihre Regierungszeit nicht, um „Energiewende“ im Bundestag zu politisieren. Erst nach „Fukushima“ findet eine Debatte um „Energiewende“ in nennenswertem Umfang statt – erst dann scheint es einen mehrheitlichen politischen Willen zu einer „Energiewende“ zu geben, deren Bedeutung im parlamentarischen Raum jetzt erst generiert wird und gleichzeitig umkämpft ist.

Im Gegensatz dazu, scheint das Thema erneuerbare Energien von Anfang an breite parlamentarische Aufmerksamkeit zu genießen. Über eine prinzipielle Förderung erneuerbarer Energien, die nicht zwingend mit einer grundsätzlichen energiepolitischen Wende verbunden wird, scheinen sich bereits in der 14. Legislaturperiode alle Fraktionen einig zu sein. Anders sieht es beim Atomausstieg aus: Dieser wird zwar ebenfalls breit diskutiert, hier sind die politischen Lager allerdings deutlich gespalten in Befürworter*innen und Gegner*innen eines Ausstiegs. Atomausstieg und „Energiewende“ werden zwar vor „Fukushima“ vereinzelt in Beziehung zueinander ge-

setzt, diese Verbindung ist jedoch schwach ausgeprägt. Auch hier deutet sich an, dass der Atomausstieg, wie er auf parlamentarischer Ebene diskutiert wird, anfangs nicht zwingend mit einer grundsätzlicheren energiepolitischen Wende verbunden wird. Während vor „Fukushima“ die Diskurse um „Energiewende“, erneuerbare Energien und Atomausstieg im parlamentarischen Raum also relativ unverbunden waren, scheint sich erst nach „Fukushima“ die „Energiewende“ als umfassende politische Forderung für Atomausstieg und erneuerbare Energien zu etablieren.

Wie kann nun die Bedeutung der mit „Energiewende“ in Verbindung stehenden diskursiven Elemente, also der regelmäßigen Differenzbeziehungen und Diskursmuster, für Kämpfe um Hegemonie, bzw. für die hegemoniale Ordnung des diskursiven Raumes, verdeutlicht und bewertet werden? Wie in Kapitel 4.2.1 ausgeführt, klassifiziert Laclau (2005: 74ff.) die Elemente des Diskurses als Forderungen und unterscheidet zwischen demokratischen, popularen und affirmativen/flottierenden Forderungen. Sowohl demokratische, als auch populare Forderungen weisen eine kritische Stellung zum hegemonialen Diskurs⁵⁰ auf, während affirmative Forderungen diesen stützen (Bedall 2014: 62f.). Betrachtet man die parlamentarischen Debatten um „Energiewende“ vor dem Hintergrund dieser Klassifizierungen, wird deutlich, dass populare Forderungen zunächst wenig zu finden sind. Denn die „Energiewende“ wird kaum mit Forderungen aus verschiedenen gesellschafts- oder umweltpolitischen, bzw. sozial-ökologischen Bereichen verbunden. Eine starke Äquivalenzkette um „Energiewende“ bildet sich aufgrund der geringen Verwendung des Begriffes zwischen der 14. und 16. Legislaturperiode nicht heraus. Diese fehlende Verbindung (bzw. deren schwache Ausprägung) mit anderen Kämpfen gegen den Status quo (z.B. Anti-Akw, Naturschutz, Anti-Kapitalismus, Nachhaltigkeit, etc....) innerhalb des Parlaments und somit die anfangs fehlende Ausbreitung der Äquivalenzkette um „Energiewende“ steht dem Erfolg eines kritisch positionierten „Energiewende“-Diskurses entgegen. In der 16. Legislaturperiode bringt sich die LINKE verstärkt in den Diskurs ein und verbindet „Energiewende“ mit Forderungen, die als populär klassifiziert werden können, da Verbindungen mit anderen sozialen Kämpfen hergestellt werden. So bringt die LINKE „Energiewende“ in eine – wenn auch aufgrund der wenigen Vorfälle brüchige – Äquivalenzkette, die sich auf soziale Bereiche, wie Menschenrechte oder Frieden (s.o.) ausbreitet, indem sie diese mit Forderungen nach einer „*radikalen*“, „*ökologischen*“ und „*nachhaltigen*“ „Energiewende“ verbindet. Die „Energiewende“ ist in diesem popularen Diskurs als Teil einer umfassenderen Forderung nach Gesellschaftsveränderung zu verorten (vgl. auch Nonhoff 2007: 182). Durch die Forderungen einer „*konsequenten*“ und „*radikalen*“ *Energiewende entstehen eine deutliche Abgrenzung gegenüber dem herkömmlichen Energiesystem sowie anderer, weniger umfassenderer, Vorstellungen von „Energiewende“.* Die geringe Häufigkeit dieser Artikulationen ist auch dem verschuldet, dass andere Fraktionen sie kaum auf-

50 Unter einem hegemonialen Diskurs wird ein Diskurs verstanden, mit dem ein universaler Anspruch vertreten wird und der gleichzeitig eine hohe diskursive Verbreitung aufweist, d.h. ein Diskurs, dem es am besten gelingt, seine Perspektive und politische Positionierung als allgemein gültig zu konstituieren, vgl. Kapitel 2.5. Aufgrund der geringen diskursiven Verbreitung steht „Energiewende“ also zunächst außerhalb des hegemonialen Diskurses.

greifen, was als Anzeichen für die Marginalisierung dieser populären Forderungen zu werten ist.

Ein großer Teil der mit „Energiewende“ verbundenen Forderungen bleiben zwischen der 14. und 16. Legislaturperiode isoliert, treten also nur vereinzelt zusammen auf (z.B. Atomausstieg). Und wenn, dann sind sie meist nicht mit weitergehenden gesellschafts- oder umweltpolitischen Forderungen verbunden (z.B. wie die Forderung nach einer generell nachhaltigeren Lebensweise oder sozialer Gerechtigkeit). Diese Forderungen sind somit nach Laclau (2005) als demokratische Forderungen zu klassifizieren. Die „Energiewende“ wird nicht als starkes Identifikationsprinzip potenziell weitergehender Forderungen bedient, ist also kein Prinzip, das den Inhalt dieser Forderungen auf parlamentarischer Ebene auf einen gemeinsamen Nenner bringt und zu ihrem „positiven symbolischen Ausdruck“ wird (ebenda: 82 [eigene Übersetzung]). So beinhalten die Forderungen ‚Klimaschutz‘, ‚Atomausstieg‘ oder ‚erneuerbare Energien‘ nicht zwingend die Forderung „Energiewende“, sondern treten auch häufig unverbunden auf. „Energiewende“ hat also auf parlamentarischer Ebene keine, bzw. nur eine schwache Repräsentationsfunktion. Nonhoff (2007: 187) bezeichnet „Repräsentation“ als hegemoniale Strategie, die hier demnach von der rot-grünen Regierungskoalition kaum verfolgt wird. Die Möglichkeit, den diskursiven Raum um „Energiewende“ politisch zu bestimmen, „Energiewende“ zu einer umfassenden Forderung zu erheben und sich somit von einem affirmativen energiepolitischen Diskurs abzugrenzen, wird von der rot-grünen Regierungskoalition weitestgehend nicht ergriffen. Während populäre Forderungen die hegemoniale Formation⁵¹ an sich herausfordern, können demokratische Forderungen von einer sich ausbreitenden hegemonialen Formation aufgenommen werden (Laclau 2005: 82). Die überwiegende Verbindung mit demokratischen Forderungen sowie die geringe diskursive Verbreitung verdeutlichen also die Schwäche des „Energiewende“-Diskurses in seiner kritischen Funktion zwischen der 14. und der 16. Legislaturperiode.

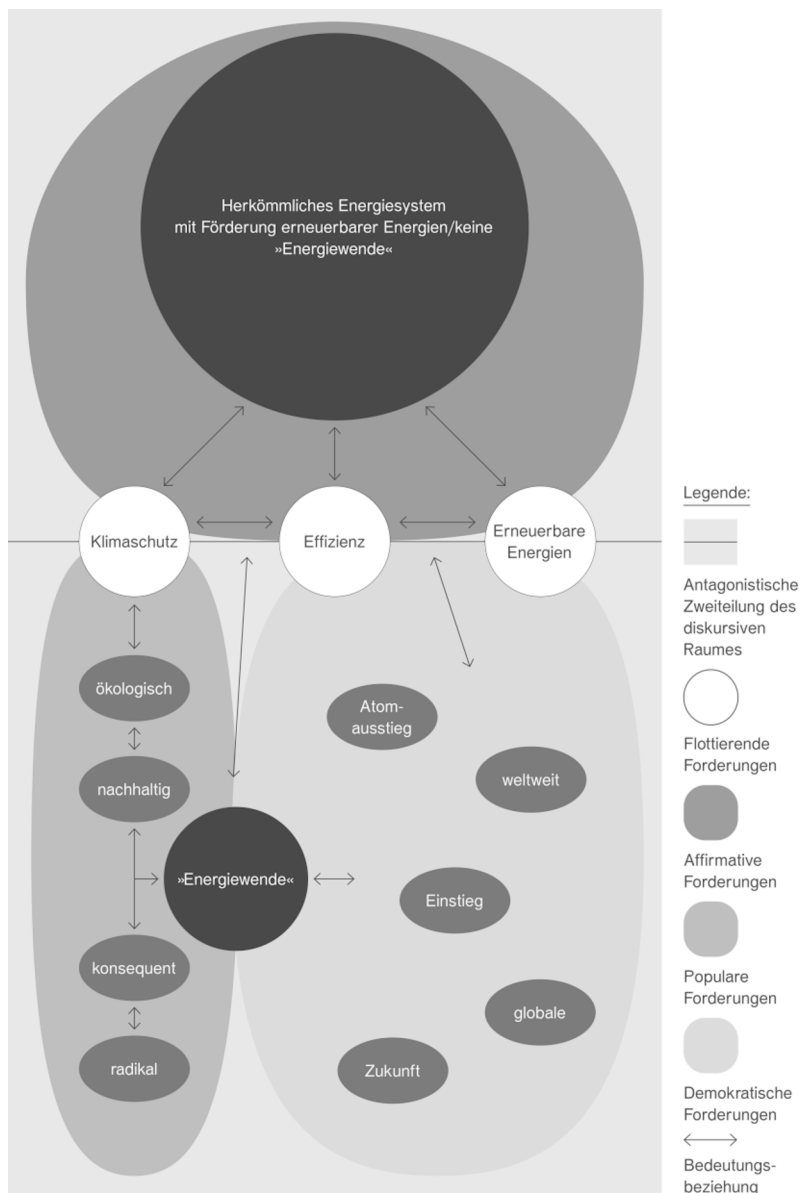
Während „Energiewende“ durch die seltene Artikulation im Parlament kaum als gemeinsamer politischer Wille einer Mehrheitsgruppe erscheinen kann (Nonhoff 2007: 184), wird die Forderung erneuerbare Energien gleichzeitig von allen Fraktionen geteilt. Dies könnte als defensiv-hegemoniale Paradestrategie der Gegner*innen-

51 Diskursive Formationen zeichnen sich nach Laclau/Mouffe durch ‚Regelmäßigkeit in der Verstreuung‘ aus. In diesem Sinne kann Hegemonie auch als hegemoniale Formation gefasst werden, der es durch besondere Verbreitung gelingt, ihre Perspektive zu naturalisieren, also als eine vorherrschende diskursive Formation. Nach Laclau/Mouffe (2015: 181f.) ist eine hegemoniale Formation eine „artikulierte[...] Totalität von Differenzen“, die sich selbst bezeichnet, „indem sie eine Äquivalenzkette hervorbringt, die das was jenseits der inneren Grenzen ist, als das konstruiert, was sie nicht ist“ (Laclau/Mouffe 2015: 181f.). Aufgrund der geringen diskursiven Verbreitung von „Energiewende“ sowie der expliziten Abgrenzung, die durch einige Fraktionen erfolgt (z.B. „beschworene“ „Energiewende“ (vgl. Kapitel 5.1.2), weise ich für die 14. Legislaturperiode bis „Fukushima“ den Teil des Diskurses, der sich durch seine gemeinschaftliche Abgrenzung von „Energiewende“ auszeichnet, bzw. diese durch Nicht-Nennung in ein ‚Außen‘ verweist, der hegemonialen Formation zu, deren Position ich vereinfachend als ‚herkömmliches Energiesystem mit Förderung erneuerbarer Energien‘ beschreibe (vgl. Abbildung 11).

schaft der „Energiewende“ interpretiert werden: Indem einzelne Forderungen, die mit „Energiewende“ verknüpft sind – wie erneuerbare Energien, Effizienz oder Klimaschutz – zu berechtigten Forderungen erklärt werden, aber ein Widerspruch im Energiesystem insgesamt negiert wird, wird der Antagonismus zwischen dem herkömmlichen Energiesystem und ihrem diffusen ‚Anderen‘, dem auch die „Energiewende“ zugewiesen wird, in gewisser Weise durchbrochen (vgl. auch Nonhoff 2006: 239). Erneuerbare Energien werden – auch durch ihre ungleich stärkere Thematisierung und Befürwortung – zu einem Identifikationsprinzip weiterer Forderungen, die zwar auch mit „Energiewende“ verknüpft werden (z.B. Effizienz oder spätestens ab der 15. Legislaturperiode Klimaschutz) – deren Verbindung zu erneuerbaren Energien aber wesentlich stärker ist.⁵² Auf diese Forderungen wird somit struktureller Druck von zwei Seiten ausgeübt: Sowohl von Gegner*innen als auch von Befürworter*innen der „Energiewende“. Die Bedeutung dieser Forderungen bleibt so zwischen den äquivalentiellen Fronten unbestimmt (Laclau 2005: 132), sie stehen im „Spannungsfeld zwischen Hegemonie und Gegen-Hegemonie“ (Bedall 2014: 62). Solche Forderungen, deren Bedeutung quasi zwischen Hegemonie und Gegen-Hegemonie ‚überhängt‘, bezeichnet Laclau als flottierende Forderungen. Die Art und Weise wie die Bedeutung dieser Forderungen oder ihrer Identifikationsprinzipien fixiert wird, ist noch offenes Ergebnis eines hegemonialen Kampfes (Laclau 2005: 132). Die hier erarbeitete Klassifizierung von Forderungen in Auseinandersetzung um Hegemonie ist für die 14.-16. Legislaturperiode in Abbildung 11 dargestellt.

52 So tritt beispielsweise (Energie)Effizienz zusammen mit „Energiewende“ in der 15. Legislaturperiode im betrachteten Fenster nur 3 Mal auf (Effizienz freq=2; ll=20,88, Energieeffizienz freq=1; ll=11,27) und Klimaschutz 2 Mal (ll=18,12), während (Energie)Effizienz mit „erneuerbar(.)“ 40 Mal auftaucht (Energieeffizienz freq=27; ll=285,50, Effizienz freq=13; ll=89,73) und „erneuerbar(.)“ mit Klimaschutz 12 Mal (ll=64,38).

Abbildung 11: Klassifizierung von Forderungen⁵³ im Kontext von „Energiewende*“ in Auseinandersetzung um Hegemonie zwischen der 14. und der 17. Wahlperiode vor „Fukushima“



Quelle: eigene Darstellung

53 Die demokratischen und flottierenden Forderungen sind für die grafische Darstellung anhand einiger für den Diskurs besonders relevanter Knotenpunkte veranschaulicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Für eine vollständige Darstellung der Kollokationen sei auf die vorige Analyse verwiesen.

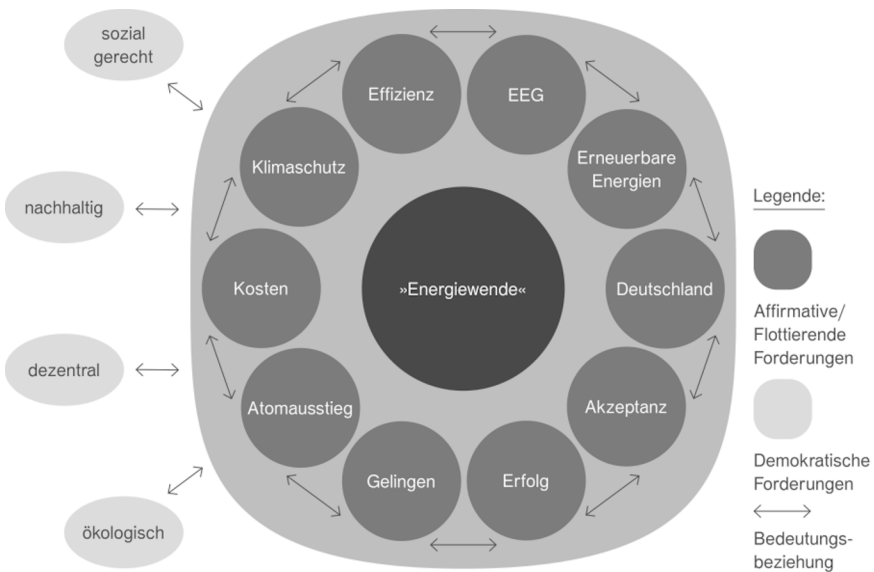
„Fukushima“ disloziert in besonderer Weise den Diskurs, der einen Widerspruch zwischen Klimaschutz und Atomausstieg konstruiert hatte und erneuerbare Energien lediglich bis zu einem begrenzten Maße als Teil des Energiesystems konstituierte. Nach „Fukushima“ erhöht sich der diskursive Verbreitungsgrad von „Energiewende“ schlagartig, was sicherlich auch als Erfolg der kritischen Diskurse zu werten ist, die diese Sichtweise herausgefordert hatten. Allerdings gelingt es den Gruppen, die zuvor einer „Energiewende“ ablehnend gegenüber standen (z.B. große Teile von FDP, CDU, CSU) relativ schnell „Energiewende“ in ihre Äquivalenzkette zu integrieren. Sie machen sich diese nun artikulatorisch zu eigen und erheben sie zur Repräsentantin ihres Politikwechsels. Dafür wird der Atomausstieg politisch akzeptiert. Der diskursiven Formation, die zuvor für das ‚herkömmliche Energiesystem‘ stand, gelingt es also ihre eigenen inneren Grenzen zu verschieben, den politischen Raum neu zu definieren und somit nach Laclau/Mouffe die „allgemeinste Existenzbedingung jeder Formation“ zu erfüllen (Laclau/Mouffe 2015: 18). Aber auch aus den anderen Fraktionen wird die Forderung „Energiewende“ in einem relevanten Maße erst nach „Fukushima“ artikuliert. „Energiewende“ wird so in den Wahrheitshorizont und die Deutungsmuster einer sich ausbreitenden, mit den Fraktionsgrenzen nicht unbedingt identischen, hegemonialen Formation integriert. Dass diese sich ausbreitende hegemoniale Formation in erster Linie durch marktwirtschaftliche Deutungsmuster gekennzeichnet ist, wird in Kapitel 5.4 anhand der folgenden Analyseschritten weiter verdeutlicht, deutet sich aber bereits hier in der Betrachtung der nach „Fukushima“ relevanten Knotenpunkte an. Dabei steht insbesondere der wirtschaftliche „Erfolg“, auch für „Deutschland“ als Wirtschaftsstandort im Fokus, z.B.: „Der ‚Erfolg‘ der Energiewende muss sich schließlich auch daran messen lassen, dass ‚Deutschland‘ ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleibt“ (CSU 23.05.2014: 3221). Die Verbindung von „Energiewende“ und „Deutschland“ scheint neben der Betonung der wirtschaftlichen Bedeutung für den Standort Deutschland, nach „Fukushima“ zunehmend zum identitätsstiftenden Moment zu werden, z.B.: „...‚Deutschland‘ übernimmt bei der Energiewende eine Vorreiterrolle für alle Industrienationen“ (CSU 14.03.2013: 28421). Dies wird in Kapitel 5.2.6 (Deutschland als Vorreiter) noch genauer analysiert.

Die schnelle Aneignung von „Energiewende“ ist auch möglich, weil die Bedeutungsaufladung auf parlamentarischer Ebene vor „Fukushima“ schwach war und weil die hegemoniale Formation bereits zuvor Forderungen geteilt hat, die nun unter „Energiewende“ subsumiert werden: z.B. Erneuerbare Energien, Effizienz, Klimaschutz. Da auf bundespolitischer Ebene bislang kaum politische Bereiche zwingend mit „Energiewende“ verbunden sind, erscheint eine Konzentration auf wirtschaftspolitische und technologische Handlungsfelder nach „Fukushima“ nicht widersprüchlich. Es gelingt hier relativ einfach, den diskursiven Raum zu begrenzen. Gleichzeitig stehen „Energiewende“ aufgrund der geringen Bedeutungsaufladung vor „Fukushima“ zahlreiche Anschlussmöglichkeiten und „komplexitätsreduzierende Zugänge“ offen (Nonhoff 2006: 233). „Energiewende“ zeigt sich nach „Fukushima“ als „außergewöhnlich interpretationsoffen[...]“ (ebenda). So steht „Energiewende“ gleichzeitig für Klimaschutz, wirtschaftlichen Erfolg und eine deutsche Vorreiterrolle, während sich die strukturellen Veränderungen auf den Strombereich konzentrieren. Die Kollokationen, die nach „Fukushima“ besondere Signifikanz aufweisen, wie „Erfolg“ oder „Gelingen“ sind nicht von vorne herein mit spezifischen politischen Inhal-

ten verbunden. Gerade diese Deutungsoffenheit ist für die mit „Energiewende“ verbundene Identitätsstiftung zentral (vgl. auch Brodocz 2003: 60f.), denn damit ist eine soziale Integrationsleistung verbunden (Nonhoff 2006: 233), die es auch vormaligen Gegner*innen einer „Energiewende“ ermöglicht, dieser – auf der Grundlage ihrer eigenen Interpretation – zuzustimmen. Gleichzeitig erscheint die „Energiewende“ aber weiterhin auf ambivalente Weise als Zugeständnis an die politischen Gegner*innen, das nur unter gewissen Voraussetzungen gewährt wurde – nämlich vor allem der Begrenzung der „Kosten“ sowie der Vermeidung einer „Deindustrialisierung“, wofür eine marktwirtschaftliche Ausrichtung als zentral konstituiert wird (z.B.: FDP 11.09.2012: 22898).

Viele der nach „Fukushima“ mit „Energiewende“ neu verbundenen Forderungen werden auch von SPD und teilweise GRÜNEN geteilt (z.B. „Akzeptanz“, „Deutschland“, „Erfolg“), was erneut verdeutlicht, dass die Grenzen der hegemonialen Formation nicht mit den Parteigrenzen identisch sind (vgl. Abbildung 12).

Abbildung 12: Klassifizierung von Forderungen⁵⁴ im Kontext von „Energiewende““ in Auseinandersetzung um Hegemonie nach „Fukushima“: „Energiewende“ als Teil der hegemonialen Formation*



Quelle: eigene Darstellung

Außerhalb der hegemonialen Formation stehen im Zusammenhang mit „Energiewende“ nur wenige – überwiegend von GRÜNEN und LINKEN artikuliert – Forderungen („nachhaltig“, „ökologisch“, „sozial“, „dezentral“), die aufgrund ihrer gerin-

54 Die in der Abbildung dargestellten Knotenpunkte entsprechen überwiegend den jeweils rangersten Knotenpunkten der 17. und 18. Wahlperiode. Für die demokratischen Forderungen wurden jeweils diejenigen ausgewählt, die die Klassifizierung am besten veranschaulichen.

gen Verbreitung und der kaum noch stattfindenden Verbindung mit politischen Forderungen aus anderen sozialen Bereichen, nicht in einer starken Äquivalenzbeziehung stehen und somit hier vereinfachend als demokratische Forderungen klassifiziert werden⁵⁵. Obwohl vor allem GRÜNE und LINKE immer wieder die „Energiewende“-Politik der Regierungskoalitionen kritisieren⁵⁶, findet eine Artikulation einer grundlegend ‚anderen‘ „Energiewende“ kaum noch statt, was letztlich zu einer Ausbreitung der hegemonialen Formation führt – eine antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raumes ist zumindest auf parlamentarischer Ebene kaum noch erkennbar.

Die hier aufgrund der bisherigen Datenlage interpretierten Trends im Diskurs über „Energiewende“ werden in den folgenden Analyseschritten weiter vertieft und qualitativ bewertet.

5.2 STORY-LINES IM DISKURS UM „ENERGIEWENDE“

Während im vorangehenden Kapitel regelmäßige Differenzbeziehungen von Elementen identifiziert wurden, werden nun komplexere Verknüpfungen in Bedeutungssystemen herausgearbeitet und nach Story-Lines kodiert. Um das genaue methodische Vorgehen in diesem Analyseschritt nachzuvollziehen, verweise ich auf Kapitel 4.2.2, in dem das Verfahren präzise aufgeschlüsselt ist. Auf eine erneute Wiedergabe der Methodik möchte ich daher an dieser Stelle verzichten.

Die im Folgenden beschriebenen Story-Lines reduzieren „Energiewende“ jeweils auf eine bestimmte Weise, sie ‚erzählen‘ also jeweils einen Teil von „Energiewende“ aus einer spezifischen, komplexitätsreduzierenden Perspektive. Da die Mitglieder des Bundestages als Teil der Konstruktion von „Energiewende“ betrachtet werden, sind die in Bundestagsdebatten identifizierten Story-Lines als grundlegend für die hier getroffenen politischen Entscheidungen anzusehen. Unter Story-Lines werden komplexe Artikulationen verstanden, die auch Verknüpfungen „oberhalb der Wort- und Satzebene“ (Glazse u.a. 2009: 293) beinhalten. D.h. im Gegensatz zum vorigen Kapitel, in dem die Beziehungen zwischen einzelnen spezifischen Elementen betrachtet wurden, können Story-Lines über verschiedene Elemente, sich im Zeitverlauf ändernde Elemente oder sogar über implizite Abgrenzung artikuliert werden. Von einer Story-Line wird gesprochen, wenn ein Teil von „Energiewende“ – ob explizit oder implizit – immer wieder auf ähnliche Weise gedeutet oder eingeordnet wird.

Im vorigen Kapitel 5.1 hat sich gezeigt, dass zwischen der 14. und 16. Legislaturperiode kaum von „Energiewende“ gesprochen wurde. Ich betrachte daher im Folgenden auch, welche – expliziten oder impliziten – Abgrenzungen zu „Energiewende“ in dieser Zeit stattfinden und wie sich diese erklären lassen. Darüber hinaus zeigt

55 Aufgrund der – wenn auch schwachen – Verbindung zu anderen politischen Bereichen, haben diese Forderungen sicherlich auch einen populären Anteil, werden hier aber als demokratisch bezeichnet, um die Schwäche des kritischen Diskurses hervorzuheben.

56 Wie ich oben bereits verwiesen habe, kommt der Opposition unter GRÜNEN und LINKEN im Gegensatz zur Mehrheitsgruppe, die über 80% der Mandate verfügt, nur ein geringer Redeanteil zu, was dies Positionen zusätzlich marginalisiert.